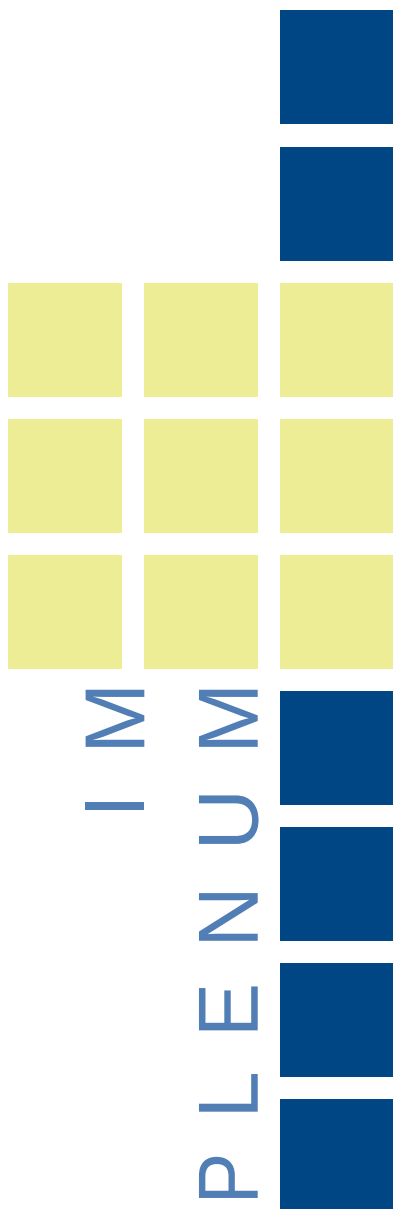




DER SCHREI NACH FREIHEIT

DER UNGARN-AUFSTAND 1956

Sabine Bergmann-Pohl
Wilhelm Staudacher (Hrsg.)

ISBN 978-3-939826-46-0

www.kas.de

Am 25. Oktober 2006 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Verein von Mitgliedern der ehemaligen Volkskammerfraktion CDU/DA e.V. zu einem Rückblick aus Anlass des 50jährigen Jubiläums des Ungarn-Aufstands von 1956. Im Mittelpunkt dieses Forums standen die Bedeutung des Volksaufstands für die friedliche Revolution 1989 in Ungarn und dessen Auswirkungen auf die DDR. Dieser Band dokumentiert die Vorträge des Abends und Auszüge aus der anschließenden Podiumsdiskussion.

INHALT

- 5 | DER UNGARN-AUFSTAND:
VERMÄCHTNIS UND VERPFLICHTUNG
Wilhelm Staudacher
Brigitta Kögler

- 13 | DAS INTERNATIONALE KRISENJAHR 1956:
DATEN, FAKTEN, FOLGEN
Hanns Jürgen Küsters

- 27 | DIE BEDEUTUNG DES VOLKSAUFSTANDES FÜR DIE
FRIEDLICHE REVOLUTION IN UNGARN
Viktor Orbán

- 39 | DER UNGARN-AUFSTAND UND SEINE AUSWIRKUNGEN
AUF DIE DDR
Auszüge aus dem Podiumsgespräch

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Fotos: picture alliance, ACDP/Konrad-Adenauer-Stiftung

Satz: workstation gmbh, produktionsservice für analoge und digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-46-0

DER UNGARN-AUFSTAND: VERMÄCHTNIS UND VERPFLICHTUNG

Wilhelm Staudacher

Herr Dr. Orbán,
meine sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste!

Ich freue mich, dass ich Sie anlässlich des Jubiläums des Ungarnaufstandes hier begrüßen darf. Die Tatsache, dass so viele von Ihnen hierher gekommen sind, zeigt, dass dieser Aufstand auch für die Menschen in Deutschland eine große Bedeutung besitzt. Deswegen freue ich mich besonders, dass Sie dies durch Ihre Anwesenheit unterstreichen.

Erlauben Sie mir, dass ich einige Anwesende besonders herzlich begrüße: die Vertreter des diplomatischen Corps, die Bundestagsabgeordneten und Frau Kögler. Brigitta Kögler ist Vizepräsidentin des Vereins von Mitgliedern der ehemaligen Volkskammerfraktion der CDU/DA e.V., mit dem wir diese Veranstaltung gemeinsam durchführen. Ganz besonders herzlich begrüße ich den Vertreter Ungarns, Herrn Dr. Viktor Orbán.

Herr Orbán war ungarischer Ministerpräsident und ist heute der Vorsitzende unserer Partnerpartei Fidesz in Ungarn. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volks-

partei (EVP) und – erlauben Sie mir diese Bemerkung – ein großer Freund der Konrad-Adenauer-Stiftung. Herzlich willkommen hier bei uns, Herr Dr. Orbán.

DIE BILDER DES JAHRES 1956 – BETROFFENHEIT UND DANKBARKEIT

Als 1956 die Bilder vom Aufstand in Ungarn um die Welt gingen, war ich elf Jahre alt. Ich habe damals noch nicht wirklich verstanden, was vor sich ging. Ich habe Menschen gesehen und rollende Panzer; ich habe gesehen, dass geschossen wurde. Ich erinnere mich bis zum heutigen Tag an die – für mich geradezu traumatischen – Bilder jener Ereignisse. Ich habe nie mein Gefühl vergessen, dass hier jemand versagt hat. Wir haben die Menschen allein gelassen, und eigentlich hätten wir irgendetwas tun müssen. Ich hätte als 11-jähriger nicht gewusst, was dies hätte sein sollen; möglicherweise weiß ich es heute noch nicht. Aber selbst als 11-jähriger hatte ich ein Gefühl der Hilflosigkeit, aber auch der Scham, dass hier nichts getan wurde und getan werden konnte.



Sowjetische Panzer in den Straßen von Budapest.

Aber es ist nicht nur Betroffenheit, die ich empfinde. Heute erfüllt mich auch ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Menschen, die dort ihr Leben eingesetzt, ja sogar verloren haben, gegenüber all denen, die zu Hunderttausenden das Land verlassen mussten. Dankbarkeit empfinde ich auch, weil dieser Aufstand aus meiner Sicht ein Anfang war: Es zeigten sich erste Haarrisse im System des Warschauer Paktes – auch und nicht zuletzt in der DDR.

Ich weiß nicht, wie die Machthaber in der DDR empfunden haben. Heute sagen viele ehemalige DDR-Bürger, die Herrschenden hätten sich erstmals Zweifeln auch an der moralischen Integrität der DDR ausgesetzt gesehen. Als Machthaber fanden diese sich in den Augen ihrer Bürger plötzlich an der Seite der Gewalttäter und der Unterdrücker in Ungarn wieder.

So trifft es wahrscheinlich zu, dass 1956 die moralischen Haarrisse einsetzten, jene Zweifel, die das Machtsystem des Sowjetkommunismus von innen zersetzen sollten. Der Traum vom besseren Deutschland war für all diejenigen ausgeträumt, die ihren deutschen Staat plötzlich an der Seite der Unterdrücker und der Gewalthaber sahen. Die Vorstellung, die DDR repräsentiere das bessere Deutschland, der Sowjetkommunismus bringe den Menschen Befreiung und wahre Menschlichkeit, entpuppte sich als Lebenslüge. Das Gegenteil war der Fall: Das Jahr 1956 markiert den Beginn der poststalinistischen Unterdrückung und Gewaltherrschaft.

Über dreißig Jahre später brach das System zusammen, öffneten sich die Grenzen – wir alle erinnern uns an die Bilder der glücklichen Deutschen, die über die ungarische Grenze in den Westen strömten. Wir danken den Ungarn, die dies ermöglicht haben.

DER FREIHEITSKAMPF DER UNGARN – VERPFLICHTUNG FÜR ALLE DEMOKRATEN

Dankbarkeit allein reicht indes nicht aus. Was wir gesehen und erlebt haben, ist für uns im Westen, für uns alle in Europa, zugleich auch Verpflichtung: Die Verpflichtung nicht zu vergessen, sondern in Erinnerung zu rufen, was von den Märtyrern und Wegbereitern der Demokratie geleistet worden ist. Wir dürfen die Opfer nicht vergessen! Dies ist einer der Gründe, weshalb wir mit dem Verein der ehemaligen Volkskammerabgeordneten jedes Jahr in einer großen Veranstaltung die Erinne-

rung an die Ereignisse jener Zeit, an diejenigen, die uns die Freiheit gebracht haben, und an die Opfer pflegen. Der Sieg der Freiheit in Europa ist keine Selbstverständlichkeit gewesen, er ist mühsam von Menschen, die sich für dieses Ziel eingesetzt haben, errungen worden. Wer dies vergisst, riskiert, dass die Täter in die Rolle der Opfer schlüpfen und die Opfer als „Deformierte von heute“ vergessen werden.

Es geht mir nicht darum, unversöhnlich zu sein. Aber das Märtyrereichen, der Freiheitskampf und die Freiheitskämpfer dürfen nicht vergessen werden. Deshalb müssen die Erinnerung und das Andenken immer wach gehalten werden.

Unsere Veranstaltung steht unter dem Titel „Der Schrei nach Freiheit“. Der Volksaufstand in Ungarn war dieser Schrei nach Freiheit. Er wurde erstickt. Heute jedoch haben wir die Freiheit. Unsere Aufgabe und Pflicht ist es, sie zu bewahren, zu erhalten und weiter auszubauen. „Nie mehr!“ heißt, in Deutschland und in Europa nie mehr Krieg und Unterdrückung, nie mehr Menschenrechtsverletzungen zuzulassen. Aber ich spanne den Bogen weiter: „Nie mehr!“ ist auch ein globaler Auftrag.

Das Fundament, auf dem wir heute stehen, sind der Mut und die Opferbereitschaft der Freiheitskämpfer. Sie haben unsere Freiheit ermöglicht. Wir haben heute die moralische Pflicht, überall in der Welt Freiheit und Menschenrechte zu sichern. Wir dürfen nicht aus Bequemlichkeit, Opportunismus oder politischem Kalkül den Mund halten. So wenig, wie 1956 der Westen hätte schweigen dürfen, so wenig dürfen heute Demokraten und freiheitsliebende Menschen schweigen und wegschauen, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

DIE FREIHEITSGESCHICHTE EUROPAS – HOFFNUNG FÜR DIE JUNGE GENERATION

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Die Bilder aus dem Jahr 1956 machen mich auch stolz und in gewisser Weise zuversichtlich; mehr noch: Sie sollten alle jungen Menschen in Europa mit Stolz erfüllen. Dieser Volksaufstand in Ungarn hat ein Stück Freiheitsgeschichte Europas begründet. Wir haben in Europa eine lange Geschichte der Kriege und der Unterdrückung, aber unsere Freiheitsgeschichte nimmt sich relativ bescheiden aus. Eines ihrer stolzesten Kapitel ist der Volksaufstand in



Bundestagswahl 1957.

Ungarn. Dieses Kapitel gehört selbstverständlich zuallererst den Ungarn, mit Sicherheit nicht den Deutschen. Aber ein Stück weit gehört es uns allen in Europa – als Erbe und Verpflichtung. Wir alle dürfen dankbar und stolz sein, dass es dieses Kapitel Freiheitsgeschichte in Europa gibt.

Ich hatte von Zuversicht gesprochen – Zuversicht als Botschaft an junge Menschen, die sich heute vielleicht mit Unfreiheit in der Welt arrangiert haben und glauben, man könne ohnehin nichts tun. Das Beispiel Ungarn zeigt: Die Menschen haben ein unstillbares Bedürfnis nach Freiheit. Sie wollen

sich selbst verwirklichen und über ihr Leben selbst bestimmen; sie wollen frei leben. Es ist möglich, Menschen für eine bestimmte Zeit zu unterdrücken und zu unterjochen. Aber kein System der Welt kann auf Dauer den Freiheitswillen der Menschen brechen. Dies sollte zuversichtlich machen, wenn es um den Einsatz für die Freiheit und ihren Erhalt geht – auch und gerade dann, wenn dieser Einsatz viel Mühe bereitet. Die Botschaft der ungarischen Revolution gilt auch für uns. Es geht um das Erbe, um das Vermächtnis und um den Auftrag, Freiheit zu erhalten und zu entwickeln – in Deutschland, in Ungarn und überall auf der Welt.

Frau Brigitta Kögler wird sie nun begrüßen. Der Historiker Professor Hanns Jürgen Küsters wird anschließend die Ereignisse des Jahres 1956 historisch einordnen. Über die Einordnung des ungarischen Volksaufstandes mag es unterschiedliche Auffassungen geben; über einen Punkt hingegen gibt es keine: Am Ende waren diejenigen, die unterdrückt wurden und ihr Leben verloren haben, die moralischen Sieger. Der Volksaufstand wurde niedergeschlagen, das Ergebnis war Unterdrückung. Moralische Sieger aber waren diejenigen, die an der Seite des Volksaufstandes standen, die mitgemacht haben. Ich glaube, dies hat die Geschichte bewiesen.

Besonders freue ich mich auf das anschließende Podium, auf dem auch Zeitzeugen Platz nehmen werden. Frau Kögler habe ich schon genannt. Ein weiterer Zeitzeuge ist Herr Dr. István Fabián, der sich als junger Mann am Volksaufstand beteiligt hat. Herzlich willkommen! Und ich begrüße Herrn Günter Schabowski – zu jener Zeit stellvertretender Chefredakteur des FDGB-Organs „Tribüne“. Später stieg er in der SED-Nomenklatur auf, wurde zum Mitglied des ZK der SED und verkündete als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin am 9. November 1989 die Öffnung der Grenze. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Einschätzung der Beurteilung des Ungarn-Aufstandes durch die Machthaber in der DDR. Herzlichen Dank, dass Sie bereit sind, mit uns zu sprechen, und herzlich willkommen.

Brigitta Kögler

Ein herzliches Willkommen Ihnen als Vortragende und Mitdiskutanten auf dem Podium. Ganz besonders begrüßen möchte ich im Namen des Vereins der früheren Mitglieder der CDU/DA-Fraktion Herrn Ministerpräsidenten Orbán. Er ist der Vertreter einer neu gegründeten demokratischen Partei in Ungarn. Wie bekannt, war er ja schon im Frühjahr 1989 allen einen Schritt voraus.

Ganz herzlich möchte ich auch den Zeitzeugen von 1956, Herrn Dr. István Fabián, begrüßen. Und auch Herrn Prof. Küsters als „historisches Gewissen“, als profunden Kenner des Zeitgeschehens von 1956, also der modernen Geschichte. Willkommen heiße ich schließlich auch Herrn Schabowski. Ihn kannte ich vor 1989 nicht. Aber Herr Schabowski gehört ebenfalls mit zum historischen Gewissen. Auf seine Erinnerung aus der Zeit 1956 bin ich sehr gespannt.

Wir haben uns heute hier getroffen, um uns gemeinsam zu erinnern. Ich freue mich, dass Sie alle unsere Einladung angenommen haben. Sie wissen, es gibt die persönliche Erinnerung, die persönliche Erfahrung, das nationale und das europäische Erinnern. Und hier will ich den Bogen schlagen: Den Ungarn sind wir in Deutschland zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Sie haben diese Erinnerung, dieses historische Gewissen und auch das Wissen von 1956 über mehr als 33 Jahre wach gehalten. Die Ungarn waren für uns DDR-Bürger hinter dem Eisernen Vorhang immer das Volk, das wir besonders geschätzt haben. Sie hatten den Nationalstolz, den wir bewundert haben, und waren immer etwas westeuropäischer als wir, die wir dem Westen doch geographisch am nächsten standen.

Die Erfahrungen der Ungarn reichen in die osmanische Zeit und in die Zeit der Habsburger zurück. Ihre Unterdrückung durch die Russen führte 1956 zu dieser Revolution, weil die Ungarn die Unfreiheit nicht mehr ertragen konnten.

Als wir 1989 auf die Straße gingen und die Revolution in der DDR in Gang gebracht haben, haben wir nicht ununterbrochen an 1956 gedacht. Aber man hatte die Erfahrung, das Totgeschwiegene im Hinterkopf. Wir wussten auch, dass es 2.500 Tote gegeben hatte und über 200 Hingerichtete nach der Niederschlagung der Revolution. Daran dachte 1989 jeder, und jeder kannte auch die Gefahr.

Wir wollen heute darüber diskutieren mit Herrn Dr. Orbán, Herrn Dr. Fabián, dem Zeitzeugen von 1956, mit dem Historiker Professor Küsters und dem ehemaligen ZK-Mitglied Günter Schabowski. Ich freue mich auf einen interessanten Abend.

DAS INTERNATIONALE KRISENJAHR 1956: DATEN, FAKTEN, FOLGEN

Hanns Jürgen Küsters

„Wenn ein Volk unter Diktatur steht, gleichgültig, ob die Diktatur unter den Namen Stalin oder unter den Namen eines Kollektivs ausgeübt wird, so ist das gehupft wie gesprungen,“ stellte Bundeskanzler Adenauer auf dem Bundesparteitag der CDU am 29. April 1956 in Stuttgart unmissverständlich fest. „Diktatur ist und bleibt Diktatur.“

Mit diesem Ausspruch holte Adenauer Spekulationen über eine Änderung der sowjetischen Politik nach der Rede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 in Moskau auf den Boden der Tatsachen zurück. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Krisen in jenem ereignisvollen Jahr wie mächtige Wellenbewegungen aufeinander prallten. Wenn wir also das Knäuel der verschiedenen ineinandergreifenden komplexen Entwicklungen richtig verstehen wollen, kommen wir nicht umhin, drei grundsätzliche Betrachtungen anzustellen.

- Erstens ist es notwendig, sich die hoch komplizierte internationale Lage in der Mitte Europas und weltweit vor Augen zu führen;

- zweitens haben wir nach den Einschätzungen und Verhaltensweisen der führenden Entscheidungsträger zu fragen, allen voran natürlich Adenauer und Ulbricht, wie sie den Gang der Dinge beurteilten; und
- drittens müssen wir den Blick auf die Konsequenzen werfen, warum die Aufstände in Polen und Ungarn scheiterten und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, nicht zuletzt auch im Blick auf das Jahr 1989.

MACHTKAMPF IN DER SOWJETUNION



Nikita Chruschtschow

Nachdem im Mai 1955 die Blockbildung mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO und der DDR zum Bündnis der Warschauer Vertragsstaaten vollzogen war und damit die lange Zeit heftig umstrittene Westintegrationspolitik einen ersten konkreten Abschluss erfahren hatte, glaubten viele Experten, auf der Genfer Konferenz der Staats- und Regierungschefs erste Anzeichen einer Ost-West-Entspannung auszumachen. Das Gegenteil war der Fall: Eine Beruhigung der internationalen Beziehungen trat gerade nicht ein. Vielmehr verschlechterte sich die Lage zusehends.

Für Regimekritiker in Osteuropa bedeutete Chruschtschows Angriff auf den Stalinismus und den Personenkult in seiner geheim gehaltenen Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU eine Art Initialzündung. Über das, was er ausführte, kursierten damals mehr Gerüchte als harte Fakten. Bis heute sind die wirklichen Gründe seiner Abrechnung mit Stalin nicht vollends ausgeleuchtet. Die Akten haben wir einfach noch nicht.

Gewiss scheint zu sein, dass die Rede ein wichtiges Element im bis dahin immer noch nicht entschiedenen Machtkampf um die Führung in der KPdSU darstellte. Chruschtschows Stellung war keineswegs gefestigt.

Er dürfte darauf spekuliert haben, dass die Partei- und Staatsbürokratie die Nase voll hatte von stets neuen Terrorwellen und Drangsalierungen. Chruschtschow wollte sich der Partei und seinen Anhängern als ein „aufrechter Kommunist“ präsentieren, der durch einen Befreiungsschlag Abstand vom Unrecht nahm, das Stalin der Partei und den Sowjetmenschen angetan hatte, und sich damit als ihr neuer Führer profilieren.

Adenauers politischer Instinkt sagte ihm, dass es sich letztlich nur um einen Schachzug in der inneren Machtauseinandersetzung der Sowjetunion handelte. Vor dem Bundesvorstand der CDU verglich er die Situation mit dem Diadochenkampf, der 1923 nach dem Tod Lenins eingesetzt hatte. Chruschtschow, diese in Adenauers Augen Personifizierung der „glühenden, vitalen, eruptiven Grausamkeit“, verkörpere nicht den Beginn einer neuen Epoche. Davon könne man erst sprechen, wenn sich durch Taten die internationalen Beziehungen geändert hätten.

WALTER ULBRICHT UND DAS ENDE DES STALINISMUS

In vielen Schilderungen erscheint die Reaktion Walter Ulbrichts, der durch seine Anwesenheit in Moskau indirekt Zeuge der Rede Chruschtschows war, unbeugsam gewesen zu sein. Viele sehen ihn als einen unbelehrbaren stalinistischen Hardliner, der auf ein permanentes Anwachsen des Staatssicherheitsdienstes setzte und somit unter Beweis stellte, dass er die Lektion vom 17. Juni 1953 verstanden hatte. Er wusste, was Karl Marx in seiner Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ analysiert hatte, nämlich die konterrevolutionäre Haltung der Bourgeoisie, die schon 1851 zum Staatsstreich in Frankreich führte. Neuere zeitgeschichtliche Forschungen stellen heraus, wie polarisierend damals Chruschtschows Aufrufe zu friedlicher Koexistenz mit dem Westen, zu verschiedenen Wegen zum Sozialismus und zum Ende des Personenkults auf die SED-Führung gewirkt und diese entzweit haben.



Walter Ulbricht

Für Ulbricht waren die Kritik an seinem Führungsstil und Chruschtschows Betonung der Fehler Stalins Grund genug, einer ernsthaften Diskussion des XX. Parteitags auszuweichen und sie solange wie eben möglich hinauszuzögern. Stattdessen lastete er den „imperialistischen Agenturen“ wüste „Verleumdungskampagnen gegen die Sowjetdemokratie“ an. Der Gegner wolle nur die aus der Spaltung Deutschlands sich ergebenden Schwierigkeiten ausnutzen; eben jene Schwierigkeiten, die „beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung unvermeidlich sind“. Immerhin befasste sich das Politbüro am 5. Juni im Rahmen seiner Diskussion der „ideologischen Entwicklung in der Partei nach dem XX. Parteitag und der 3. Parteikonferenz“ auch mit der Praxis der politischen Justiz und rehabilitierte anschließend einige Personen, die zu Unrecht aus der Partei ausgeschlossen worden waren.

POLEN UND UNGARN

In Polen und Ungarn artikuliert sich derweil im Zuge der Chruschtschow-Rede auf dem Moskauer Parteitag energisch Unmut über die jeweilige nationale wirtschaftliche und politische Situation. Zunächst hatten sich die Unruhen in Polen noch durch eine Ablösung der stalinistischen Führungsspitze bereinigen lassen. Der neue, als Reformler geltende KP-Chef Gomułka vermied es, an der Zugehörigkeit Polens zum Warschauer Pakt zu rühren. Gleichzeitig verschlechterte sich jedoch die wirtschaftliche Lage in der DDR. Hauptsächlich, weil der Import von polnischer Kohle stockte und dann wegen der Streiks und Unruhen zum Erliegen kam. Das verschärfte noch ein weiteres Problem, dessen die SED-Führung nicht richtig Herr wurde: die Republikflucht. Ulbricht zog aus der Flucht der Menschen in die kapitalistische Bundesrepublik den Schluss, dass nicht weniger, sondern mehr Distanz zwischen beiden Staaten vonnöten wäre, zumal in Bonn vielleicht einige Politiker wie Finanzminister Schäffer an eine deutsch-deutsche Konföderation dachten, sich aber kaum gegen Adenauer durchsetzen können. Schäffer hatte sich zweimal 1955 und einmal 1956 zu damals geheim gehaltenen Gesprächen in Ost-Berlin aufgehalten. Vollkommen zu Recht interpretierte Ulbricht die Republikflucht in der Hauptsache von Arbeitern als Indiz für die Entfremdung zwischen Volk und politischer Führung. Das beste Beispiel war Matyás Rákosi „Distanz zu den Massen“, die zur Entmachtung des ungarischen Parteichefs geführt hatte. Rákosi hatte auch Chruschtschow wegen seiner Distanz zum Volk kritisiert und war ebenfalls im Juli durch Ernő Gerő ersetzt worden. Letzterer zeigte ge-

meinsam mit János Kádár wenig Interesse an Reformen. Infolgedessen wuchs die liberale Opposition um den Petöfi-Club aus regimiekritischen Intellektuellen. Sie verlangten offene Diskussionen über das Stalin-Regime und die Rückkehr des zuvor von Rákosi entmachteten Reformers Imre Nagy. Weniger bekannt ist die Forderung von einigen Studenten und Intellektuellen in der DDR an die eigene Führung, den polnischen und ungarischen Reformideen zu folgen. Doch alles, was in einen eigenen Weg zum Sozialismus münden konnte, gefährdete Ulbrichts Macht und wurde von ihm aufs Schärfste bekämpft.

KRISENHERD NAHER OSTEN

Bei alledem dürfen wir aber einen weiteren, zeitlich parallel sich anbahnenden Konflikt nicht übersehen. Der Mittelmeerraum kristallisierte sich gegen Mitte der fünfziger Jahre zunehmend zu einer Krisenregion, die bis dahin vornehmlich das Sicherheitsinteresse der Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich tangierte. Noch im Sommer 1955 meinten die Westmächte, mit dem Bagdad-Pakt von der Türkei über den Irak und Iran bis nach Pakistan habe man die aufgrund ihrer Erdölvorkommen besonders sicherheitsrelevante Region um den Persischen Golf gegen den Zugriff der Sowjetunion einigermaßen abgesichert. Mit dem Abzug der britischen Truppen aus der Suezkanalzone verband der Westen die Hoffnung, den Wortführer des arabischen Nationalismus, Gamal Abd el-Nasser, an sich gebunden zu haben. In Wahrheit hatte Ägypten schon im September 1955 mit der Tschechoslowakei einen Vertrag über Waffenlieferungen abgeschlossen und die Sowjetunion der arabischen Welt Entwicklungshilfe angeboten. Damit unterminierte die Sowjets den westlichen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten und gaben den Aufstands- und Unabhängigkeitsbewegungen gegen die Kolonialmacht Frankreich in Algerien weiter Auftrieb. Ähnlicher antikolonialer Bewegungen mussten sich die Briten auf Zypern erwehren. Noch hatten die NATO-Staaten den Zündstoff für ihren Bündniszusammenhalt nicht unmittelbar erkannt.

RISSE IM WESTLICHEN BÜNDNIS

Sorgenvoll beobachtete Adenauer im Frühjahr 1956 Tendenzen bei Briten und Franzosen, für die Sicherheit der Bundesrepublik benötigte Truppen aus dem Bereich Europa-Mitte abzuziehen und nach Osten zu verlagern. Bonner Diplomaten setzten zunächst darauf, durch aktives Einschalten in die Nahostpolitik im eigenen Interesse mäßigend zu wirken: schonender

Umgang mit Frankreich, gleichzeitige Verbesserungen der deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen bei behutsamem Abwehren israelischer Stimmen, vor allem Ben Gurions, der bei Adenauer auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik drängte. Zwar kam die amerikanische Regierung Aufforderungen der NATO-Partner nach, ihre 6. Flotte im Mittelmeer zu verstärken, allerdings blieb der Versuch von Außenminister Brentano, in Athen einen Vermittlungsversuch zwischen Griechen und Briten in der Zypernfrage einzuleiten und der weiteren Gefährdung der NATO-Position im östlichen Mittelmeer entgegenzuwirken, ziemlich erfolglos. In London zeigte die Regierung Eden kein Interesse, den eigenen Handlungsspielraum durch derlei Vorstöße von dritter Seite einengen zu lassen. Und das erst recht nicht von den Westdeutschen, die hinsichtlich ihrer Wiedervereinigungspolitik von den drei Westmächten abhängig waren.

DIE KRISENHERDE UND DIE DEUTSCHE FRAGE

Adenauers Sorge richtete sich hauptsächlich auf die Gefahr, das westliche Bündnis könnte weiter zerfallen. Käme es nicht zu einer Verbesserung der politischen Koordination, würde das unweigerlich auf Kosten des Zusammenhalts gehen. Mit Argusaugen verfolgte der Kanzler die wachsende Bereitschaft der Briten und Franzosen, dass die Westmächte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen gegenüber der Sowjetunion nicht mehr bedingungslos an dem Junktim zwischen gleichzeitigen Fortschritten in der Entspannungspolitik und in der Deutschlandfrage festhielten. Sicherheit und Wiedervereinigung durften aus bundesdeutscher Sicht jedoch um keinen Preis auseinanderdividiert werden. Sonst könnte es doch wieder zu einem Arrangement der Großmächte über die Köpfe der Deutschen hinweg kommen.

NUKLEARPOLITISCHER STRATEGIEWECHSEL IN WASHINGTON

Sich dahinschleppende Diskussionen über eine verbesserte Bündniszusammenarbeit innerhalb der NATO gingen im Frühjahr 1956 mit einer allmählich sich verschärfenden Krise im Nahen Osten einher. Amerikaner und Briten verhandelten gemeinsam mit der Weltbank über die Finanzierung von Nassers Prestigeprojekt, den Bau eines Nilstaudammes bei Assuan. Letztlich wollte man Nasser nicht in Richtung Moskau abdriften lassen, was dieser nur zu gut wusste und mit antiwestlichen Kampagnen auszunutzen versuchte. Auf Drängen des amerikanischen Kongresses zog

die Eisenhower-Administration Finanzierungszusagen zurück, worauf Nasser mit der Nationalisierung des Suezkanals reagierte, was wiederum unter den NATO-Partnern Kritik an Washington hervorrief. Zu alledem wurden im Juli 1956 Überlegungen des Vorsitzenden des Joint Chiefs of Staff, Admiral Arthur Radford, bekannt, die eine allmähliche Reduzierung amerikanischer konventioneller Streitkräfte in Europa vorsahen. Diese sollten durch die europäischen Verbündeten und im Krisenfall mittels frühzeitigen Einsatzes von Nuklearwaffen kompensiert werden.

Bei Adenauer lösten diese Ankündigungen helles Entsetzen aus. Denn die Bundesrepublik würde davon gleich doppelt betroffen sein. Zum einen war der gerade in Gang gekommene Aufbau der Bundeswehr innenpolitisch unverändert umstritten; zum anderen währte sich der Kanzler keineswegs sicher, ob der Radford-Plan nicht ein erster Schritt zur Abkehr der Vereinigten Staaten von Europa oder gar der Einstieg in die Rückkehr zu einer isolationistischen Politik der USA bedeutete. Wollte sich Amerika angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im November mehr als zehn Jahre nach Kriegsende auf leisen Sohlen aus seinen europäischen Verbindlichkeiten verabschieden? Die Amerikaner würden dann ein handlungsschwaches Westeuropa hinterlassen, das weder verteidigungspolitisch noch wirtschaftlich über eigenständige Institutionen verfügte und somit über kurz oder lang für die Sowjetunion eine Einladung darstellte, die westliche Allianz zu entzweien. Umso dringender war die Ausarbeitung einer europäischen Rückfallposition geboten.

BONNER PRIORITÄTEN

In dieser Situation setzte Adenauer auf Angebote der französischen Regierung Guy Mollet, eine stärkere bilaterale Rüstungskooperation aufzubauen. Nachdrücklich unterstützte der Kanzler die im April unterbreiteten Vorschläge des Spaak-Berichts, von Juli 1956 an in Brüssel Regierungsverhandlungen über die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes und einer Europäischen Atomgemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Kernenergie unter den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl aufzunehmen. Wichtige Voraussetzung dafür war jedoch zunächst eine deutsch-französische Klärung der Zugehörigkeit des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland, nachdem im Herbst 1955 die Saarbevölkerung das auf der Pariser Konferenz 1954 ausgehandelte Saarstatut abgelehnt hatte.

AUFSTAND IN UNGARN

Ungeachtet dieser innerwestlichen Probleme spitzte sich allmählich die Lage in Ungarn zu. Um die Monatswende Oktober/November 1956 kulminierten die Krisen allerorten. In Budapest bekundeten zuerst demonstrierende Studenten ihre Solidarität mit dem polnischen Arbeiteraufstand in Warschau. Am 23. Oktober forderten 200.000 Menschen Demokratisierung und Entstalinisierung des ungarischen Staats- und Parteiapparates sowie politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit von der Sowjetunion. KP-Chef Gerö ließ auf die Menschenmenge schießen und löste damit faktisch einen Bürgerkrieg aus. Ungarn kämpften hier gegen Ungarn. Am 25. Oktober wurde er von den Sowjets abgesetzt und durch Kádár ersetzt. Doch die ungarische Armee schloss sich den Aufständischen an. Mit Billigung der sowjetischen Führung bildete nun der ehemalige Ministerpräsident Imre Nagy am 27. Oktober eine unabhängige Regierung. In ihm sah der Kreml vorübergehend eine Integrationsfigur, die vielleicht in der Lage sein würde, die innenpolitische Situation in Ungarn zu beruhigen. Nagy avancierte schnell zur Leitfigur des Aufstandes, weil sein politisches Programm den ungarischen Staat, unabhängig von den Maßgaben des Kreml, zu verändern beabsichtigte.

IMRE NAGY

Der Aufstand weitete sich binnen kurzem auf andere Städte zu einem landesweiten Generalstreik aus, vielerorts übernahmen unabhängige Arbeiter- und Soldatenräte die politische Führung. In Moskau schwankte die Sowjetführung mehrere Tage lang, ob sie den neuen Kurs von Imre Nagy akzeptieren oder politisch und militärisch eingreifen sollte. Acht Monate nach seiner Rede wurden dem Kremlherrscher die Konsequenzen des selbst eingeläuteten politischen Frühlings drastisch vor Augen geführt, die in diesem Umfang weder erwünscht noch in dieser Schärfe vorherzusehen waren. Der Umschwung erfolgte postwendend.

Am 28. Oktober kündigte Nagy einseitig den Abzug der sowjetischen Truppen an, erteilte den am Aufstand Beteiligten Amnestie und versprach zwei Tage später in seiner Regierungserklärung, das sozialistische Gesellschaftsmodell modifiziert beibehalten zu wollen. Die KP-Herrschaft sollte zugunsten eines Mehrparteiensystems aufgelöst, freie Wahlen sollten durchgeführt werden. Seine Ankündigung, Ungarn wolle aus dem War-

schaupakt austreten und eine Neutralitätspolitik betreiben, wird vermutlich im Kreml den Ausschlag für die Entscheidung gegeben haben, Truppen nach Ungarn zu entsenden, um dann der so genannten „Konterrevolution“ ein Ende zu bereiten.

DIE NIEDERSCHLAGUNG DES AUFSTANDS

Imre Nagy fand keinerlei Unterstützung seitens der USA oder anderer westlicher Mächte bei seinem Versuch, Ungarn aus der Krise heraus in ein reformsozialistisches Modell zu überführen. Vielmehr blickte alle Welt in jenen Tagen auf die sich parallel zum Ungarn-Aufstand eskalierende Krise am Suezkanal. Präsident Eisenhower beließ es bei der Solidaritätsbekundung für die Ungarn, sah jedoch tatenlos der politischen Härte Chruschtschows zu. Innerhalb von zwei Tagen rollten sowjetische Panzer in Ungarn bis zur österreichischen Grenze vor. János Kádár floh in die Sowjetunion und rief von dort mit sowjetischer Unterstützung eine Gegenregierung aus. Die ungarischen Führungsfiguren Imre Nagy und der damalige Verteidigungsminister Pál Maléter wurden verhaftet, 1958 in einem Geheimprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Ungarn-Aufstand dauerte noch weitere zehn Tage an. Kádár kehrte mit weiteren sowjetischen Truppen nach Budapest zurück und ordnete die Verfolgung, Verurteilung und Hinrichtung tausender Aufständischer an. Mehr als 200.000 Ungarn gelang dann über Österreich die Flucht in den Westen.

ESKALATION DER SUEZ-KRISE

Hatten sich die Regierungen in Washington und auch in Bonn anfänglich noch dem Trugschluss hingegeben, beide Krisen innerhalb und außerhalb Europas könnten getrennt und auf Sparflamme beigelegt werden, so waren solche Gedankenspiele spätestens Ende Oktober Makulatur, als israelische Streitkräfte auf die Sinai-Halbinsel vorrückten. Briten und Franzosen drohten gemäß ihrer Absprachen zwar den beiden Konfliktparteien Israel und Ägypten in einem Ultimatum ihr Einschreiten durch eine militärische Besetzung der Suezkanalzone an und machten den Schritt auch wenig später wahr. Genau genommen ging es ausschließlich darum, den unliebsamen Nasser zu stürzen, dem wachsenden arabischen Nationalismus Einhalt zu gebieten und den alten Einfluss der zwei europäischen Kolonialmächte im Nahen Osten wiederherzustellen.

MACHTLOSE BUNDESREPUBLIK

Aus Sicht der Bundesregierung reihte sich eine Katastrophe an die andere. Überlegungen, ein Sieg der ungarischen Revolution könnte Ulbrichts letzte Tage einläuten, gingen einher mit der Sorge vor einem unkontrollierten Übergreifen der Unruhen auf die DDR, die wie 1953 in einem Debakel enden könnten. Adenauer und mit ihm das Bundeskabinett gingen davon aus, dass trotz der Drohungen Chruschtschows mit dem Einsatz nuklearer Waffen die beiden Supermächte es dazu nicht kommen lassen und eine nukleare Eskalation der Konflikte vermeiden würden. Zu genau wusste die politische Führung in Bonn, dass die Bundeswehr nicht zu mobilisieren war, weil es damals einfach noch nichts zu mobilisieren gab. Amerikanische Zusicherungen, die Startbahnen in Landsberg am Lech zu verlängern, um im Falle des Falles strategische Bomber von Spanien in die Bundesrepublik verlegen zu können, waren nicht mehr als eine Beruhigungsspielle, die Westdeutschen würden nicht schutzlos dastehen, sollten sowjetische Truppen über Österreich hinaus nach Bayern vorstoßen. Beteuerungen von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, die westliche Stärke reiche aus, das „Reich der Sowjetunion von der Landkarte verschwinden zu lassen“, sollten beruhigend auf die Öffentlichkeit wirken. Doch tatsächlich war es angesichts der NATO-internen Auseinandersetzungen über die Bündnisstrategie nicht mehr als ein Pfeifen im Walde. Wer vermochte schon zu sagen, wie die Amerikaner reagieren würden, wenn die Sowjets nicht die Grenzen der beiden Blöcke respektierten? Ein militärisches Eingreifen der NATO war jedenfalls nicht vorgesehen. In Bonn sah sich niemand in der Lage, den Ungarn bei ihren Unabhängigkeitsbemühungen aktiv Hilfe zu leisten, war man doch selbst froh, möglichst ungeschoren aus der Krise herauszukommen. Schließlich mehrte sich auch in der Bundesregierung der Verdacht, das westliche Bündnis sei durch ein abgekartetes Spiel von Briten und Franzosen mit den Israelis am Suezkanal vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Zudem machte die barsche Reaktion Washingtons auf das britisch-französische Suezabenteuer Adenauer klar, dass die westliche Hegemonialmacht nicht gewillt war, solche Eskapaden dieser alten Kolonialmächte zu tolerieren.

Nach den Erfahrungen mit dem Radford-Plan verstärkte das nur noch Adenauers Misstrauen gegenüber Washington. Anscheinend waren sich die beiden Supermächte stillschweigend doch einig, wenn es galt, die Kontrolle über die eigenen Verbündeten zu wahren. Indem die Amerikaner Großbritannien und Frankreich vor einer Konflikteskalation im Nahen

Osten warnten, setzten sie in Adenauers Augen NATO-Interessen aufs Spiel. Denn immerhin hatten London und Paris sich bemüht, eine Bolschewisierung des Nahen Ostens zu verhindern. Direkte Hilfsappelle, die Strauß aus der ungarischen Hauptstadt erhalten hatte, liefen ins Leere, weil sich in Bonn trotz mehrfacher Bemühungen kein adäquater diplomatischer Ansprechpartner der amerikanischen Botschaft finden ließ, um die Bedenken mitzuteilen. Mit anderen Worten: Eisenhower gewährte den Kremlführern bei der Regelung der Krise in Ungarn freie Hand. Chruschtschows Drohungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gegen europäische Städte nahm in Washington keiner recht ernst, weil die globalen Folgen für beide Supermächte unabsehbar waren.

KONRAD ADENAUER

Adenauer setzte nun eigene Zeichen. Er tat alles, um den Zusammenhalt der Westeuropäer zu stärken. Anfang November, just auf dem Höhepunkt der Doppelkrise in Ungarn und am Suezkanal, entschied er sich, gegen heftigsten Widerstand aus den Reihen der eigenen Fraktion und gegen den Ratschlag seines Außenministers von Brentano und großer Teile der CDU-Fraktion, nach Paris zu reisen. Dieser demonstrative Akt in Zeiten höchster Not der französischen Diplomatie interpretierte die Regierung Mollet vollkommen richtig als ein Signal großer Solidarität.

Adenauer reiste aber keineswegs nur aus Frustration über das Verhalten der USA an die Seine. Seine Reise hatte noch zwei andere, handfeste Gründe. Zum einen wollte er im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über die Ratifizierung des Saarabkommens jene Kräfte in der französischen Nationalversammlung beflügeln, die sich für die Annahme ausgesprochen hatten. Damit war nämlich sichergestellt, dass am 1. Januar 1957 das Saarland zur Bundesrepublik gehören und die „kleine Wiedervereinigung“ im Westen perfekt gemacht würde. Zum anderen hatten sich auf dem Außenministertreffen der EGKS-Staaten am 20./21. Oktober die Brüsseler Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EURATOM wegen eines deutsch-französischen Streites über Fragen der sozialen Harmonisierung in eine Sackgasse hineinmanövriert. Es bedurfte eines deutsch-französischen Kompromisses, um hier den Durchbruch in den Verhandlungen zu erreichen. Die Experten Karl Carstens auf deutscher Seite und Robert Marjolin auf französischer Seite handelten während der Paris-Visite Adenauers verschiedene Sachkompromisse aus, die letztlich den entscheidenden Durchbruch für die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt bedeu-



Konrad Adenauer mit dem amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower.

teten. Frankreich, das zwei Jahre zuvor den europäischen Integrationsprozess durch die Ablehnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gestoppt hatte, bekannte sich damit zur wirtschaftlichen Integration Westeuropas – im Gegensatz zu den Briten, die sich unverändert skeptisch über die neuen Integrationsbemühungen der Sechszehn zeigten.

Welche Erkenntnisse lassen sich aus dem Krisenjahr 1956 ziehen?

1. Nach der Blockteilung 1945 zeigten die Krisen in Polen, Ungarn und im Nahen Osten, dass die Supermächte nicht gewillt waren, eigene Wege ihrer Verbündeten zu akzeptieren. Vielmehr hielten sie sich strikt an die in Jalta vereinbarten jeweiligen Einflussgrenzen und gingen nicht darüber hinaus. Die Berlin-Krise 1961 bestätigte diese Maxime. Den Europäern wurden klar ihre Handlungsgrenzen aufgezeigt. Die Amerikaner duldeten keine Alleingänge der alten westeuropäischen Kolonialmächte, die globale Interessen der USA tangierten, und die Sowjets hielten ihre Satellitenstaaten auf dem von Moskau vorgeschriebenen Weg.

2. Die sowjetische Führung betrieb in Ungarn eine Kurskorrektur, weil der Freiheitsdrang der Menschen dort vermutlich über kurz oder lang zu einem eigenen Weg Ungarns zum Sozialismus geführt und den Zerfall des Warschauer Paktes zur Folge gehabt hätte. Die mit seiner Geheimrede auf dem KPdSU-Parteitag von Chruschtschow geäußerte Kritik am Stalinismus wurde durch das harte militärische Eingreifen der Sowjets in Ungarn aus westlicher Sicht unglaubwürdig.
3. Hilfe von westlicher Seite wäre möglich gewesen, unterblieb aber aus Respekt der Supermächte vor dem Einflussbereich des jeweils anderen. Angesichts amerikanischer Unsicherheiten mussten die Westeuropäer selbst aktive Allianzpolitik betreiben. Hauptziel des Bündnisses war es, Risse zu kitten, die Einheit des Westens wieder zu festigen und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren. Westeuropäische und amerikanische Sicherheitsinteressen waren in Europa eben nur bedingt kongruent, letzteres galt in gleicher Weise für das Verhältnis der Sowjetunion zu ihren Satellitenstaaten.
4. Eine gewisse spiegelverkehrte Denkweise ist hier bei Adenauer und Ulbricht durchaus erkennbar. Die sowjetische Intervention in Ungarn war Wasser auf die Mühlen Ulbrichts, der die Reformkurse in Polen und Ungarn von vornherein als Fehler und Abkehr von der reinen Lehre des Kommunismus betrachtet hatte, weil sie letztlich nur dem Klassenfeind in die Hände spielten. Adenauer dachte zumindest in diesem Punkte ähnlich, nämlich umgekehrt: Washingtons nukleopolitischer Strategiewechsel schwächte den Bündniszusammenhalt und stärkte die Sowjets unnötig. Seine innenpolitischen Kritiker forderte Adenauer unter dem Eindruck der Doppelkrise auf, den bis dahin schleppenden Aufbau der Bundeswehr zu unterstützen und die Notstandsplanung hinsichtlich der wirtschaftlichen Bevorratung zu verbessern.
5. Der Westen hoffte zwar zeitweise auf den Erfolg der Reformbefürworter in Ungarn, ließ sie jedoch im Stich, weil dies nur bedingt den Interessen der Hegemonialmacht entsprach und weil die Westeuropäer selbst in eigene Krisen und Konflikte involviert waren. Das änderte nichts an dem Freiheitsdrang der Menschen. Nach dem 17. Juni 1953 waren die Aufstände in Ungarn und Polen eine weitere Mahnung an die kommunistischen Führungen, die sie 1961 mit dem Mauerbau, 1968 mit der Niederschlagung des Prager Frühlings und 1981 mit Verhängung des Kriegsrechts in Polen beantworteten.

FAZIT

Freiheitsbewegungen brauchen anscheinend zumindest drei günstige Bedingungen, um erfolgreich zu sein: mutige Kämpfer im Innern, internationale Unterstützung gegen die Hegemonialmacht und vor allem eine günstige weltpolitische Konstellation, die zusätzlich Schwächen der Hegemonialmacht offenbart. 1956 waren weder die internationale Unterstützung gegen die Sowjetunion noch ihre Schwäche und erst recht nicht eine vorteilhafte weltpolitische Lage gegeben. Nicht zuletzt deshalb blieb damals den Menschen in Osteuropa und damit auch in Deutschland die Freiheit weiterhin versagt. Aber diese günstige Konstellation haben wir 1989 im Herbst vorgefunden, die 1990 dank mutiger Kämpfer, einer schwächeren Hegemonialmacht und einer günstigen internationalen Konstellation zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit führte. Das ist die Lehre, die wir aus „56“ zu ziehen haben.

DIE BEDEUTUNG DES VOLKSAUFSTANDES FÜR DIE FRIEDLICHE REVOLUTION IN UNGARN

Viktor Orbán

Sehr geehrte Damen und Herren, einen schönen guten Abend. Ich bitte Sie um Entschuldigung, wenn ich nun Ungarisch zu Ihnen spreche. Ich begrüße Sie – die Teilnehmer an diesem Podium – alle herzlich und hochachtungsvoll. Es ist eine besondere Ehre, dass auch Herr Kaiser, der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Budapest, hierher nach Berlin gekommen ist. Und ich freue mich auch, dass der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, ein guter Bekannter, unter den Zuhörern ist.

Wenn man als Ungar über 1956 spricht, dann ist der erste Gedanke immer der des Dankes. Wir danken denen, die solidarisch waren, die Hilfe gesandt und ungarische Flüchtlinge aufgenommen haben. Und wir danken denen, die sich dafür eingesetzt haben, dass ein unterjochtes Volk 1990 schließlich die Freiheit erringen konnte.

1956: DER WESTEN HAT SEINE EIGENEN „PROBLEME“

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Leben in der westlichen Zivilisation einen anderen Rhythmus als auf der östlichen Hälfte des Kontinents. Was war denn 1956 in der Welt geschehen? Ed Sullivan, der beliebteste Showmaster in den USA, ging das Risiko ein und bot Elvis Presley 50.000 Dollar für einen Auftritt im Fernsehen an. Er hatte 54 Millionen Zuschauer. Eine Revolution herrschte auch in Frankreich, weil Citroën die bis dahin üblichen Trommelbremsen gegen Scheibenbremsen austauschte. Auch bei den Boulevardblättern gab es einen Aufstand, zumindest aber ein revolutionäres Ereignis: Die amerikanische Schauspielerin Grace Kelly heiratete den Fürsten von Monaco.

Das also waren die Revolutionen, die federleichten Episoden des Lebens in der westlichen Welt. Doch in einem anderen Teil der Welt, der durch Minensperren und Stacheldraht abgeriegelt worden war, sahen wir 1956 tragischen Veränderungen entgegen: Große Dinge passieren im Allgemeinen dort und dann, wo und wenn die Menschen am wenigsten damit rechnen. Auch die am wenigsten erwartete und vielleicht großartigste Revolution des 20. Jahrhunderts wurde ausgerechnet in Ungarn geboren.

DER AUFSTAND IN UNGARN: MORALISCHER SIEG DER CHRISTLICH-ABENDLÄNDISCHEN TRADITION

Die ungarische Revolution war aber nicht einfach nur eine politische Tat – bei genauerem Hinsehen können wir feststellen, dass sie die tiefsten Lehren des Christentums bestätigte. 1956 zeigte sich in Ungarn, dass ausgerechnet das ambitionierteste Ziel des Kommunismus gescheitert war: die Umgestaltung des Menschen selbst. 1956 in Ungarn stellte sich heraus, dass es den kommunistischen Menschentyp, den homo sovieticus, der seinen Glauben, seine Familie, seine Nation abstreift, sich seiner Wurzeln entledigt und zum Weltproletarier wird, gar nicht gibt. Es zeigte sich, dass Jahrtausende alte, ungeschriebene Regeln nicht durch Gewalt, Manipulation und List einfach weggewischt werden können, eben so wenig die Vergangenheit. Es gelten uralte menschliche Gesetze: Lüge bleibt Lüge, Betrug bleibt Betrug, und Verrat bleibt eben Verrat.

EIN BLICK IN DIE UNGARISCHE SEELE

Es ist offensichtlich, und auch der heutige Abend zeugt davon: Der 23. Oktober ist nicht nur ein Feiertag Ungarns und der Ungarn, sondern er gehört auch Europa und der Welt. Nach langer Zeit haben endlich auch wir Ungarn der Welt einen Festtag beschert. Das ist sehr wichtig für uns, denn wir Ungarn hoffen immer, dass durch solche Ereignisse die Welt besser versteht, wer wir denn sind. Das Schicksal der Deutschen war oft mit dem der Ungarn verwoben. Dennoch ist es für die Deutschen – also auch für Sie – oft nicht einfach, unsere Seele in ihrer Tiefe zu erfassen, obwohl es sehr wichtig ist, dass die Helden von 1956 nicht irgendwo, in irgendeinem Teil der Welt lebten, sondern in Ungarn. Sie waren nicht irgendwer, sondern Ungarn.



Ein sowjetischer Panzer feuert am 29. Oktober 1956 in einer Budapester Straße auf Widerstandskämpfer.

Das 20. Jahrhundert brachte überall auf der Welt Leid und Tragödien, wie es sie zuvor noch nie gegeben hatte. Ungarn zum Beispiel verlor in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts – unter den Ihnen wohlbekannten Umständen nach dem Ersten Weltkrieg – drei Millionen Landsleute, die sich außerhalb der ungarischen Landesgrenzen wiederfanden. Infolge der Weltwirtschaftskrise wanderten weitere anderthalb Millionen

Ungarn auf der Flucht vor Armut und Not aus ihrer Heimat aus. Über die Opfer des Zweiten Weltkrieges hinaus verloren wir an dessen Ende weitere 600.000 Mitbürger jüdischer Abstammung. Dazu kamen 500.000 Ungarn deutscher Abstammung, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ungarn vertrieben und ausgesiedelt wurden. Nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes von 1956 verließen 200.000 Ungarn das Land, wohl die jüngsten und die am besten ausgebildeten. Sie hofften, anderswo ihren Weg gehen zu können. Hinzu kommt, dass das Bevölkerungswachstum in Ungarn zwischen 1950 und 2000 das drittniedrigste auf der ganzen Welt war. Wenn wir all dies in Betracht ziehen, können Sie vielleicht verstehen, dass sich unser Land, unser Volk trotz der für uns günstigen politischen Entwicklungen der jüngsten Zeit – die Russen sind abgezogen, wir sind Mitglied der NATO und der Europäischen Union – wegen der demografischen Entwicklung doch in einem krisenhaften Zustand befinden.

NIEDERLAGEN KÖNNEN SIEGE SEIN

Infolge der Prüfungen des 20. Jahrhunderts müssen wir Ungarn unser eigenes Leben und unsere Zukunft auch in der tiefen Dimension des Seins und Nichtseins begreifen. Wenn Sie nun noch berücksichtigen, dass wir vor 1956 in 300 Jahren vier Freiheitskämpfe bestritten und alle vier verloren hatten, dann können Sie vielleicht verstehen, dass hier in Europa ein Volk lebt, dessen lange Geschichte seit vielen Jahrhunderten fast ausschließlich die Geschichte von Kämpfen ohne Siege war, die Geschichte von Niederlagen. Wir sind ein Volk, das nun einmal einen Sieg brauchen würde, aber einen, durch den kein anderes Volk besiegt wird.

Ich lege Ihnen dies nicht dar, um Ihr Mitleid zu erwecken. Wir haben nämlich nicht nur unser schweres Schicksal, sondern auch unseren Stolz. Deshalb mögen wir es nicht, wenn wir bedauert werden. Ich habe das alles dargelegt, damit Sie verstehen, warum es für die Ungarn so wichtig ist, den Sinn ihrer Niederlagen zu begreifen. Das 20. Jahrhundert war für uns wie ein Gang nach Canossa. Für die ungarische Nation ist es außerordentlich wichtig, dessen Sinn zu verstehen. Wir suchen danach, wann wir mit unseren schlimmen Niederlagen gesiegt und was wir dabei besiegt haben. Es muss doch einen Sinn gehabt haben, dass die Geschichte im 20. Jahrhundert diese Niederlagen und Schicksalsschläge für uns bereitgehalten hat.

DIE NIEDERSCHLAGUNG DES AUFSTANDS DEMASKIERT DEN KOMMUNISMUS

Die in ihrem eigenen Blut ertränkte ungarische Revolution von 1956 hatte ihren tieferen Sinn: Ungarn hat Europa vor dem Kommunismus gerettet. Es muss jedoch eingeräumt werden, dass Ungarn sich selbst dabei nicht retten konnte. Das ist zwar ungerecht, aber nicht ohne jeden Sinn. Die Ungarn haben 1956 der westlichen Welt – nicht den Deutschen, die ein fundierteres Wissen haben als die weiter westlich gelegenen Staaten – eines klar und verständlich gemacht: die Ungarn haben der ganzen westlichen Welt gezeigt, was Kommunismus wirklich ist. Dessen Charakter konnte die westliche Welt nun genau erkennen, ohne ihn am eigenen Körper erleben zu müssen. Wir haben dem kommunistischen Weltreich 1956 eine tödliche Wunde zugefügt, eine Wunde, die auch sofort abzusterben begann. Erinnern Sie sich doch einmal daran, wie viele Menschen in Frankreich, Spanien, Italien, den USA, vielleicht sogar in Westdeutschland damals dachten, kommunistische Ideologie und Sozialismus seien etwas Fortschrittliches, ein positives Experiment, das vielleicht zu einer höheren Form von Demokratie führen könnte. Und wie viele glaubten vor 50 Jahren – freilich vor allem weiter im Westen –, dass die Sowjetunion ihre Truppen tatsächlich als Befreier in den besetzten Gebieten stationiert hätte. Die Welt wusste nicht, wie die Wahrheit über die Natur von Kommunismus und Sozialismus aussah. Westlich von hier tendierten Presse, Gewerkschaften und Intellektuelle immer mehr nach links. In Frankreich und Italien stand die Machtübernahme durch den Kommunismus unmittelbar bevor. Die kommunistischen Parteien waren stark. Der Westen hatte überhaupt keine Ahnung davon, was für eine Strömung seine Existenz bedrohte.

DER WESTEN VERLIERT SEINE ILLUSIONEN

1956 lieferten die Ungarn den entscheidenden Beweis. Die Ungarn zeigten, dass der Kommunismus ein Irrglaube ist, sie zerstörten die Illusion des Sozialismus und entlarvten die Sowjetunion. Die Botschaft, die die Ungarn 1956 der Welt sandten, traf viele Menschen ins Herz. Sie wurde von fast allen im Westen verstanden: Kommunismus, kommunistische Ideologie sind nichts anderes als staatlich organisierter Terror. Das sozialistische System ist nichts anderes als eine gefährliche Diktatur. Und die Sowjetunion ist nichts anderes als ein gewöhnlicher Besatzer. Der Westen verstand nach den Ereignissen von 1956 allmählich, dass das

sozialistische System ein Feind ist, ein gefährlicher Feind. Er begriff, dass der Kommunismus unverbesserlich ist. Und viele verstanden, dass mit dieser Welt, die dann später sehr richtig als „Reich des Bösen“ bezeichnet wurde, keinerlei Kompromisse geschlossen werden können. Dieses Reich muss umzingelt und vernichtet werden. Das war nicht einfach, vor allem nicht für die deutsche Politik; ihre Lage war außerordentlich kompliziert.

UNGARN STÖSST DAS TOR AUF

Die Botschaft der Ungarn bahnte den Weg zu vielen angelsächsischen Politikern und auch konservativen Kräften auf dem Kontinent. Schließlich ging, wenn auch erst nach langer Zeit, der Sowjetunion die Puste aus, ehe sie vollends vernichtet wurde. Das Tor zu dem langen Weg, der zur Auflösung der Sowjetunion führte, wurde – so meinen wir Ungarn – von uns aufgestoßen. Und das war der Sinn jener Niederlage, die wir 1956 erleiden mussten. Ich hoffe, Sie betrachten es nicht als Übertreibung, wenn ich sage, dass wir Ungarn davon überzeugt sind: Hätten wir uns 1956 nicht erhoben, würde der Eiserne Vorhang noch existieren. Hätten die Ungarn 1956 nicht ihr Blut gegeben, würde vielleicht die Mauer noch immer wie ein Pfahl im Fleische Berlins stehen. Und es ist



Die Außenminister Ungarns und Österreichs, Gyula Horn (r) und Alois Mock (l), bei der symbolischen Grenzöffnung am 27. Juni 1989.

fast sicher, dass Europa noch immer – geteilt in zwei Hälften – mit eingeschlafenen Händen und Füßen darniederliegen würde.

EUROPA BRAUCHT EINEN GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES KUNNUNISMUS

Für all das haben wir nie einen Lohn eingefordert. Jetzt aber bitten wir um eines, keine große Sache, nur etwas Kleines: Wir bitten darum und wir hoffen, Sie unterstützen uns dabei, dass der 4. November, der Tag, an dem die ungarische Revolution niedergeschlagen wurde, in Europa zum Gedenktag für die Opfer des Kommunismus gemacht werde.

Soviel zur Vergangenheit. Ich möchte nun auch zwei Gedanken zu unserer gemeinsamen Zukunft äußern. Die Geschichte bleibt natürlich nicht stehen. Sinn des gemeinsamen Gedenkens ist nicht nur, sich der weit zurück liegenden Vergangenheit zu erinnern, sondern er liegt auch darin, aus den Vorbildern einer großartigen Vergangenheit Kraft zu schöpfen, um neue Schwierigkeiten niederzuringen.

DIE WAHRUNG DER FREIHEIT IST KEINE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT

Margaret Thatcher sagte einmal, das schlechteste am Kommunismus sei das, was nach ihm komme. Wenn wir uns heute in Europa umschauen, so kann ich Folgendes sagen, ohne mich in tiefeschürfende philosophische Abenteuer zu verlieren: Während man zu Zeiten des Kommunismus mit Diktatur, Gewalt und Einschüchterung versucht hatte, den Menschen das zu nehmen, was unveräußerliches Eigentum eines jeden ist, nämlich die Freiheit – die Freiheit der Seele –, so wird die Freiheit der Seele des europäischen Menschen heute zwar nicht mit Waffen, nicht mit Polizeigewalt, wohl aber mit falschen Glücksrezepten bedroht. Kümmer dich um nichts weiter als um das, was deine momentanen Bedürfnisse befriedigt, was schnell zu beschaffen ist, wofür du nicht nachzudenken brauchst, wofür du keine tiefen Gefühle hegen musst, wofür du dich nicht aufopfern musst, dich nicht verpflichten oder Treue schwören musst, wofür du andere nicht lieben oder anderen vertrauen musst. Die Vergangenheit zählt nicht, es ist unwichtig, was aus den Opfern geworden ist. Die Freiheit zählt nicht, nur deren Schein. Ist es nicht so, dass diese Stimmung, diese Lebensanschauung im heutigen Europa immer stärker zur Geltung kommt?

Diese Denkweise wird immer stärker, immer effizienter, und leider auch immer attraktiver. Vielleicht erscheint es nicht übertrieben, wenn ich sage, dass der Teufel noch nie so ansehnlich war wie jetzt, am Anfang des 21. Jahrhunderts. Wir, die wir uns erst vor kurzem vom Kommunismus befreit haben, wir befürchten sehr wohl, dass der seinen Glauben und seine Ideale verlierende Mensch im 21. Jahrhundert nicht stark genug sein wird, um die Freiheit zu schultern und sie für die neue Welt unserer Nachkommen zu bewahren. Die Freiheit, die *wir* meinen.

DER KAMPF GEGEN DAS ERBE DES KOMMUNISMUS GEHT WEITER

Es gibt noch ein anderes Erbe, dem wir uns stellen müssen. Europa – auch Westeuropa – hat es zwar geschafft, den Kommunismus abzuschüteln, jedoch nicht dessen Erbe. Sie haben uns in die Europäische Union aufgenommen. Damit ist nicht nur unsere Gegenwart Teil der Union geworden, sondern auch das Erbe des Kommunismus ist das Ihre geworden. Nicht nur wir, sondern auch Sie müssen nun mit diesem Erbe fertig werden. Es ist ein gemeinsames Problem, eine gemeinsame Herausforderung. Am besten verstehen dies in Europa vielleicht die Deutschen. Und wenn es an einem Ort besonders gut verstanden wird, dann vielleicht gerade in Berlin.

Es scheint also, dass ganz Europa sich dem Kampf gegen das Erbe des Kommunismus stellen muss. Warum? Weil der Kommunismus in den von ihm besetzten Ländern, die nun bereits Mitglieder der Union sind, zu seiner Zeit alles Schlechte institutionalisiert und verstaatlicht hat, wogegen die Nationen Europas im 19. und 20. Jahrhundert gekämpft haben. Der Kommunismus hat in den von ihm besetzten Ländern die Korruption institutionalisiert, den moralischen Relativismus, die Armut, die Hilflosigkeit, sogar Regierungen, die mit falschen und gefälschten Daten operieren, Politiker, die keine Verantwortung kennen, politische Lügen, den Missbrauch der Polizei für parteipolitische Ziele. Und all diese Erscheinungen sind nun gemeinsames Erbe. Die ganze Europäische Union muss sich ihm nun stellen und sich seiner erwehren. Ich weiß nicht, was leichter abzuschütteln ist: ein schlechtes System oder dessen Erbe. Eines aber ist klar: Beides sind Kämpfe, die den ganzen Menschen auf die Probe stellen. Wir können sie gewinnen, wenn wir untereinander solidarisch sind. Deshalb müssen alle Regierungen Europas unmissverständlich klarmachen, dass lügnerischen, betrügerischen und sich dem moralischen

Erbe des Kommunismus verschreibenden Regierungen keine Unterstützung gewährt wird. Dieser Solidarität bedarf es, um gemeinsam das Erbe des Kommunismus niederzuringen.

DIE EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEN SIND GEFORDERT: WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG IST NICHT ALLES

Die europäischen Demokratien sind heute selbst in keiner vornehmen Lage. Freilich sind hier Probleme anderer Art zu bewältigen, aber auch sie sind schwerwiegend. Wir alle spüren, dass der wirtschaftliche Druck auf die Demokratien in Europa beständig zunimmt. Zur Zeit gewinnt die Ansicht immer mehr an Raum und Einfluss, dass in den Demokratien in erster Linie wirtschaftliche Aspekte zur Geltung kommen müssen. Das ist der Druck der globalen Wirtschaft. Die Gründe sind bekannt: Die globale Wirtschaft wird von riesigen Unternehmen betrieben, die stärker sind als eine einzelne Nation, ein einzelner Staat. Diese Unternehmen vom Ausmaße eines ganzen Landes wollen verständlicherweise ihre eigenen Aspekte so gut wie möglich zur Geltung bringen. Warum auch sollten sie sich anders verhalten. Und was ist oberstes Ziel eines Unternehmens? Natürlich die Wettbewerbsfähigkeit, anders gesagt, der Profit. Diese riesigen Privatstaaten wollen, dass auch die Politik nur dieses eine einzige Ziel verfolgen möge. Die Politik wiederum darf diesem Druck nicht nachgeben, weil das Ziel der Politik nie ausschließlich nur wirtschaftlichen Charakter haben darf. Ein Land, eine Nation will immer mehr, als einfach nur profitabel sein, denn Ziel jeder menschlichen Gemeinschaft ist es, ein glückliches, harmonisches und sicheres Leben zu garantieren. Und das besteht in jedem Falle aus mehr als nur dem wirtschaftlichen Erfolg. Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit sind dafür nur ein Mittel von vielen, die ein Land seinem gemeinsamen Ziel näher bringen können.

DIE POSTKOMMUNISTISCHEN ELITEN IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

Genau dies ist das Problem in den ehemaligen kommunistischen Ländern. Es ist in den vergangenen Jahren besonders in Ungarn ganz extrem aufgetreten. Auf diese Gefahr möchte ich Sie aufmerksam machen. In Mitteleuropa ist ein bizarrer Vereinigungsprozess abgelaufen, in dem die postkommunistischen Eliten begonnen haben, die Ideologie der wirtschaftlichen Effizienz als Mittel einzusetzen, ganz so, wie die marxistische Ideologie von den Kommunisten als Mittel zum Zweck verwendet wurde.

Heute vermeinen die Postkommunisten in Mitteleuropa, mit wirtschaftlicher Effizienz jedes Problem bewältigen und alle Erscheinungen begründen zu können, wie Arbeitslosigkeit, Verarmung, Preissteigerungen, ja sogar die traurige Zerstörung unserer kulturellen und natürlichen Umwelt. Daher möchte ich – aus einem ehemaligen kommunistischen Land kommend – Westeuropa darauf aufmerksam machen, dass die beiden gefährlichen Erscheinungen, nämlich das kommunistische Erbe und die Allmacht der Wirtschaft, zusammengehen könnten und gemeinsam eine noch größere Gefahr heraufbeschwören könnten als jede für sich. Sie brauchen einander. Einerseits können die unerbittlichen Anforderungen der Wirtschaft die Richtigkeit der Methoden der postkommunistischen Machtausübung nachweisen. Im Tausch dafür bringen die Machthaber die globalen wirtschaftlichen Gesichtspunkte zur Geltung, und das zeitweilig sogar gegen die Interessen ihres eigenen Landes. In Ungarn haben sich die Dinge soweit entwickelt, dass die postkommunistischen Eliten offen verkündet haben, das Land müsse funktionieren wie ein Großunternehmen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE EUROPAS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN

Die brennendsten Probleme Ungarns und Europas werden auch in Zukunft Arbeitslosigkeit und Überalterung sein. Dies wird von allen Gutachten bestätigt. Wenn sich aber das kommunistische Erbe mit der Alleinherrschaft der wirtschaftlichen Aspekte verbündet und wir dem nicht entgegentreten, so werden diese beiden Probleme – Arbeitslosigkeit und Überalterung – nicht nur nicht gelöst, sondern sie werden sich in dramatischem Maße vertiefen. Das Beispiel der Länder in Mitteleuropa zeigt sehr anschaulich, dass die Postkommunisten offen sind für diese Denkweise, die bereit ist, alles auf dem Altar der wirtschaftlichen Interessen zu opfern. Auf lange Sicht betrachtet, läuft dies aber sogar den Interessen der Wirtschaft eines Landes zuwider. Die Gefahr ist also recht groß: Zwar ist die Epoche der politischen Diktaturen in Europa vorüber; wenn sich aber die postkommunistische Denkweise mit ausschließlich von wirtschaftlichen und finanziellen Interessen diktiertem Denken verbündet, dann kann uns leicht ein trostloses Zeitalter bevorstehen, in dem die Demokratien dem Diktat der Wirtschaft unterjocht werden.

EUROPA BRAUCHT DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Gerade deshalb wollen wir aus Anlass des 50. Jahrestages der Ereignisse von 1956 uns klar dazu bekennen, dass Europa entschlossen an den Mitteln und Wegen der Demokratie festhält, an freien Wahlen, die auch frei von Lügen sind, an der überzeugenden Kraft von Abstimmungen. Gleichzeitig muss sehr entschlossen, gemeinsam und mit allen demokratischen und gesetzlichen Mitteln gegen jede Form der Alleinherrschaft und der Monopole aufgetreten werden. Anders ausgedrückt, es müsste gemeinsam bewiesen werden, dass die Soziale Marktwirtschaft auch zu Zeiten der Globalisierung gültig und unter den Bedingungen der Globalisierung lebensfähig ist.

Auch die Politik muss sich ändern, neue Methoden müssen zur Anwendung kommen. Präzise Argumente müssen gefunden, eine neue Maßeinheit geschaffen werden, mit der die Leistung der Politik glaubhaft gemessen werden kann. Die heutigen, rein wirtschaftlichen Kennziffern sind dafür nicht mehr geeignet. Wir brauchen in ganz Europa eine Politik von besserer Qualität.

DEMOKRATIE VERPFLICHTET

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen. Adel verpflichtet. Das war das sympathischste Motto im Europa des Mittelalters. Es besagte, und die Führer der europäischen Nationen stimmten darin überein, dass Adel nicht in erster Linie für Privilegien stand, sondern den Adligen vor allem Pflichten und Verantwortung auferlegte. Unter anderem auch die Pflicht, die Menschen gegen Oligarchien und Tyrannei zu schützen. Freilich hat sich die Welt bis zum 21. Jahrhundert verändert; heute sprechen wir nicht von Aristokratie, sondern von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Elite. Und diese Elite, vor allem aber die politische Elite, sollte das mittelalterliche Beispiel befolgen und folgenden Gedanken beherzigen:

Demokratie verpflichtet! Dies ist die Botschaft der Ungarn an Europa im Jahre 2006.

DER UNGARN-AUFSTAND UND SEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE DDR

AUSZÜGE AUS DEM PODIUMSGESPRÄCH

Hans Jürgen Fink

Das Thema unseres Podiums ist eines, das in der Diskussion über Ungarn nicht immer im Mittelpunkt steht, das jedoch uns Deutschen natürlich sehr nahe liegt: Es ist die Frage, wie dieser Schrei nach Freiheit in der DDR wahrgenommen und aufgenommen worden ist und was er dort bewirkt hat. Ich denke, man kann die Fragestellung auch erweitern: Welche Wirkung hatte der Ungarnaufstand auf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, von denen man ja damals auch schon sprechen konnte?

Diese Frage diskutiert ein illustres Podium, von dem Sie zwei Herren bereits gehört haben. Viktor Orbán aus Budapest brauche ich nicht mehr vorzustellen. Er hat sich selbst und seine politische Konzeption hier wirklich plastisch und lebendig werden lassen. Mit ihm ist Herr Dr. Istvan Fabián von der Donau an die Spree gekommen. Herr Dr. Fabián stand 1956 in Budapest mit auf den Barrikaden. Herr Dr. Fabián, vielleicht berichten Sie uns zunächst, was sich damals abspielte, wie Sie das erlebt haben, wo Sie gestanden und was Sie getan haben.



Ein bei Kämpfen zerstörter Panzer in den Straßen Budapests.

István Fábán

Meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich mich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für die ehrenvolle Einladung bedanken. Ich bin István Fábán, Verurteilter von 1956. Es war eine gut gemeinte Übertreibung von Seiten meines Vorredners, der gesagt hat, ich habe auf den Barrikaden gestanden. Auf Barrikaden war ich nicht, ich war Seminarist im vierten Studienjahr am Zentralen Priesterseminar Budapest, als die Revolution ausbrach. Im Seminar selbst führten wir ein ziemlich abgeschlossenes Leben. In jener Woche fand gerade das jährliche Exerzitium spirituale statt – eine Woche der geistlichen Übungen, während derer im Seminar absolute Stille herrschte. Doch in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch vernahmen wir bereits die Schüsse, und wir versuchten uns trotz der Stille unter anderem aus dem Radio zu orientieren, was in Budapest los war, was der Grund für das Kampfgeschrei war. So erfuhren wir bald, dass da ein Freiheitskampf gegen die sowjetischen Besatzer stattfand, ein Freiheitskampf, den die ungarische Jugend und die Arbeiterschaft entfacht hatten, und dessen Gründe – die näheren Gründe dafür, dass er ausbrach – bekannt sind.

Als dieses einwöchige Exerzitium am Sonntag nach dem 23. [Oktober] zu Ende war, konnten wir dann auf die Straße gehen und von da an konnten wir Seminaristen auf unsere Weise an den Ereignissen teilnehmen. Unsere Teilnahme bestand vor allem darin, Flugblätter in mehreren tausend Exemplaren anzufertigen und zu verteilen. Es gab sehr viele Flugblätter mit den verschiedensten Forderungen. Eine wesentliche Forderung unserer beiden Flugblätter war die sofortige und umfassende Religionsfreiheit, die zweite die sofortige Freiheit für Fürstprimas Kardinal József Mindszenty. Wir waren Kirchenleute, und wir wussten, dass der Primas vollkommen unschuldig bei den Kommunisten in Gefangenschaft war. Wir sahen ihn nirgendwo und ahnten, dass er irgendwo gefangen gehalten wurde, wussten aber nicht genau, wo. Schließlich wurde er mit besonderer Verfügung aus dem Schloss in einem kleinen Dorf befreit, in dem er von Soldaten bzw. Sicherheitsleuten der ÁVO [Staatsschutz-Behörde] bewacht worden war.

Das zweite Ereignis, an dem wir mitwirkten, spielte sich an der benachbarten juristischen Fakultät bzw. an der Juristischen Universität ab, wo Studenten – Mitglieder der Nationalgarde – die Stellung hielten. Wir unterstützten sie mit Lebensmitteln. Nach dem 4. November waren wir ihnen bei der Flucht über die Universitätskirche und über unser zentrales Seminargebäude behilflich. Es handelt sich hier um einen zusammenhängenden Gebäudekomplex mit der juristischen Fakultät der heute Loránd-Eötvös-Universität genannten ehemaligen Péter-Pázmány-Universität.

Die dritte Sache, an der mehrere von uns mitwirkten, betraf die folgende Entwicklung: Noch vor dem 4. November waren im Auftrag des Fürstprimas Kardinal József Mindszenty Seminaristen mit militärischer Begleitung zum Staatlichen Amt für Kirchenangelegenheiten gezogen – ich muss nicht weiter ausmalen, womit sich dieses Amt beschäftigt hat: in erster Linie mit der Zügelung der Kirchen, vor allem der katholischen –, um die entsprechenden Unterlagen an sich zu nehmen. Das gelang meinen Mitstreitern auch, doch erhielt die Behörde die Papiere nach dem 4. November zurück. Nach dem 4. November stellten wir eine 28seitige Broschüre zusammen, in der wir aus unserer Sicht die Geschichte der Revolution beschrieben, insbesondere die Ereignisse, an denen jemand aus unserer Mitte persönlich beteiligt war.

Ich muss hier noch an die Seminaristen erinnern, die sich im sechsten Studienjahr befanden und die Priesterweihe bereits erhalten hatten. Sie suchten die Krankenhäuser auf, gingen zu den Verletzten und Sterbenden und nahmen die Botschaften für die Angehörigen auf, die nicht wussten, wo die Kranken geblieben waren. Wir leiteten diese Nachrichten an die Angehörigen weiter.

Eines möchte ich als Teilnehmer an den Ereignissen von 1956 – ich war damals 22 Jahre alt – noch anmerken. Ich möchte mich bei Herrn Viktor Orbán bedanken und ihm gratulieren, der Ihnen mit einer solchen Scharfsicht und Klarheit die Botschaft von 1956 vorgetragen hat. Ich stimme mit ihm vollkommen überein und möchte als Theologe seine Gedanken noch ergänzen: Der Apostel Petrus schreibt in seinem zweiten Brief – das ist für uns Christen eine zweitausend Jahre alte Lehre –: „Brüder, seid nüchtern und wacht; denn euer Widersacher, der Teufel, geht umher wie ein brüllender Löwe und sucht, wen er verschlinge.“ Was also der Herr Vorsitzende gesagt hat, dass das Böse persönlich mitten unter uns ist, das ist für uns Christen durch unseren Glauben eine lebendige Wahrheit, die ich soeben von Apostel Petrus zitiert habe. Vielen Dank.

Hans Jürgen Fink

Herr Professor Küsters, gerade fiel der Name Mindszenty. Sie haben referiert über die Position der USA. In diesem Punkt haben die USA dann doch eine aktive Rolle gespielt, indem Sie Mindszenty in ihrer Budapester Botschaft Asyl gegeben haben.

Hanns Jürgen Küsters

Das ist richtig. Auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, dass das vielleicht nur eine aus der Not der Situation heraus geborene Reaktion war. Sie unterlag nicht einer langfristigen politischen Strategie. Sicherlich darf man nicht die relativ heftigen propagandistischen Angriffe über Radio Free Europe vergessen, die in der Tat immer wieder versucht haben, auf den Ostblock einzuwirken. Aber das war eine Art Propagandastrategie, die im Kalten Krieg immer und nicht spezifisch 1956 von amerikanischer Seite betrieben wurde.

Hans Jürgen Fink

Trotzdem werden wir sicherlich noch einmal zurückkommen auf die Rolle von Radio Free Europe. Zunächst einmal wende ich mich aber an Brigitta

Kögler. Sie ist ebenfalls eine Zeitzeugin. Sie hat mir eben erzählt, dass sie 1956 zwölf Jahre alt war, geboren ist sie in Chemnitz. Frau Kögler war Mitbegründerin des Demokratischen Aufbruches. Wie Sie bereits wissen, war sie Abgeordnete in der CDU/DA-Fraktion der ersten und einzigen demokratischen Volkskammer. Frau Kögler, wie war das denn damals in Ihrer Familie? Wie ist über den Aufstand in Budapest diskutiert worden. War das überhaupt ein Thema?

Brigitta Kögler

1956 war ein markantes Jahr. Ich erinnere mich an die Suezkrise und daran, dass ich Richterin werden wollte. Mit zwölf Jahren war ich also durchaus schon offen für diese Situation. In meiner Klasse gab es eine Schülerin, die zu den ausgesiedelten Ungarn-Deutschen gehörte. Sie war meine beste Freundin. In ihrer Familie waren die Ereignisse von 1956 ein Thema. Mit ihnen war die Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat verbunden. Dies wurde mir vermittelt.

Das Jahr 1956 war auch in der DDR ein Ereignis: In diesem Jahr wurde die Nationale Volksarmee gegründet. Man spürte die Brisanz der politischen Lage. Wir lebten zwischen Ost und West, denn es gab noch keine Grenze. Ende des Jahres wurde ich nach Hamburg geschickt, weil dort die andere Hälfte unserer gespaltenen Familie lebte. Sie können sich sicher vorstellen, dass dieses Ereignis noch über Jahrzehnte im Gedächtnis haften bleibt. Und vielleicht war auch diese Erfahrung ein Grund für mich, 1989 und auch schon zuvor die Welt und den Kommunismus in der DDR kritisch zu sehen. Noch sehr viel markanter war natürlich auch 1968. Aber das ist heute nicht unser Thema.

Hans Jürgen Fink

1989, Herr Schabowski, ist das Jahr, in dem Sie sozusagen historische Berühmtheit erlangt haben. Sie waren aber natürlich auch schon vorher am Schicksal der DDR maßgebend beteiligt und 1989 dann auch an ihrem Ende. Sie sind ein ganz bewusster Zeitzeuge: Jahrgang 1929, in den frühen fünfziger Jahren Mitglied der SED, dann Redakteur und schließlich stellvertretender Chefredakteur der „Tribüne“. In dieser Position im Zentralorgan des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes haben Sie den Ungarnaufstand miterlebt. Es muss eine ganz schöne Aufregung geherrscht haben angesichts der vorausgegangenen Ereignisse: Chruschtschow-Rede, Posener Aufstand, Gomulka mit seinem eigenen Weg zum Sozialismus und keine Intervention der Sowjetunion in Polen. Und jetzt

die ungarischen Ereignisse! Wie war das Klima in Ihrer Redaktion?
Wie haben Sie das aufgenommen und verarbeitet?

Günter Schabowski

Die Wirkung war ambivalent. Drei Jahre zuvor hatte der 17. Juni stattgefunden, also ein Aufstand der Menschen in der DDR. Auch dieser Aufstand hatte natürlich zu einer Krisensituation in der Führung der SED geführt. Alles spielte sich in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung in Moskau ab: der Tod Stalins, der Machtkampf in Moskau mit seinen Auswirkungen auf die DDR, gewisse Akzente, die auf Geheiß Moskaus verändert werden sollten. Mit dieser Erfahrung erlebten wir 1956 Ungarn. Natürlich sahen wir, dass sich dort ein Aufstand entwickelte mit einer unglaublichen Courage der Menschen – die Ungarn sind meiner Meinung ohnedies leidenschaftlicher als die Deutschen. Diesen Mut musste man bewundern, wenn man nicht ein Kommunist, ein verblendeter Kommunist gewesen wäre. Aber ich bin ein Kommunist gewesen, ein junger Mann von 27 Jahren. Natürlich habe ich diesen Aufstand nur unter dem Aspekt wie 1953 beurteilt: als Konterrevolution. Aber ich glaube dennoch, dass ich damals heimlichen Respekt dafür empfand, wie mutig die Menschen doch waren. Wenn ich an Pál Maléter denke, wie dieser baumlange Kerl den Widerstand mit aufbaute, den Kampf organisierte. Es war irgendwie toll, aber gleichzeitig auch ein wenig beängstigend.

Aber es gab noch eine andere Wirkung: Wir hatten das schon drei Jahre zuvor hinter uns gebracht – unter Maßregelung der Sowjets sozusagen. Jetzt waren die anderen dran. Es zeigte sich, dass nicht nur wir mit einem solchen Makel behaftet waren, sondern jetzt waren wir diejenigen, die über die Ungarn urteilten. Da wurde gefaselt von den Fehlern: Die Ungarn hätten wirtschaftliche Fehler gemacht, die Menschen seien also etwas verärgert gewesen über die ganze Situation. Dann gab es die faschistische Verdächtigung: Hinter dem Aufstand stecke doch der unsägliche Horthy-Geist. Damit wurden die Teilnehmer als ungarische Nazis abgestempelt. Die antifaschistische Legende musste auch als Begründung herhalten, warum es überhaupt gelingen konnte, in der DDR einen Aufstand zu entfachen: Es seien Nazis, die Bauarbeiter seien derangierte Nazis gewesen, die keine Arbeit gefunden hätten und deshalb Bauarbeiter geworden seien. Danach hätten sie im Auftrag des westlichen Imperialismus den Aufstand inszeniert.



Demonstranten am 17. Juni 1953 vor dem Brandenburger Tor.

Hans Jürgen Fink

Haben Sie dies geglaubt?

Günter Schabowski

Ich habe das geglaubt. Kommunisten sehen alles durch die Brille ihres Weltverbesserungssyndroms. Im Grunde ist ihr Verhalten ebenso eine Frage der Ideologie wie der Psychologie. Kommunisten leben in der Überzeugung, dass sie einen geschichtlichen Auftrag zu erfüllen haben. Das motiviert sie. Der Auftrag erklärt alles; er rechtfertigt alles. Die Aufständischen konnten für uns nur Konterrevolutionäre sein – Menschen, die sich ihrer eigenen Lage nicht bewusst waren, die missbraucht wurden und sich missbrauchen ließen. So konnte man schnell eine Formel finden, um die Ereignisse zu beurteilen, genauer, zu verurteilen.

Hans Jürgen Fink

Wie war denn Ihre Gefühlslage? War plötzlich wieder die Angst da, das Trauma von 1953?

Günter Schabowski

Nein.

Hans Jürgen Fink

... dass sich so etwas wiederholen könnte? Denn wir wissen, dass es im Vorfeld – in der Zeit vor Oktober – auch in der DDR hier und da lokale Streiks gab. War für Sie klar, dass das nicht wieder eine solche Entwicklung nehmen würde wie 1953?

Günter Schabowski

Davon waren wir überzeugt. Schließlich hatten die Menschen in der DDR 1953 die Erfahrung gemacht, die nun auch die Ungarn machen mussten. Sie lautete: Ihr seid Euch selbst überlassen. Der Westen wird es nicht riskieren, sich zu engagieren. Diese Welt ist zweigeteilt. Und hinter dieser Zweiteilung stehen auf jeder Seite nukleare Potentiale, die im Grunde diese Zweiteilung unveränderbar machen. Denn jeder Versuch, den Fuß auf das Territorium des anderen zu setzen, würde in einen atomaren Konflikt münden und mit der Selbstvernichtung enden. Ewas banaler ausgedrückt: Verbal – also in der Propaganda – konnte man sich „in die Fresse schlagen“. Aber wenn es hart auf hart ging, dann arrangierte man sich. Das hat sich den Menschen mitgeteilt; sie wussten, sie würden sich letztlich mit dem ungeliebten, ja verhassten System arrangieren müssen. Als Konsequenz aus dieser Situation begannen die Menschen in der DDR, sich mit dem Regime abzufinden.

Hans Jürgen Fink

So war die Weltlage nach Jalta. Wichtig aus der Perspektive der Parteiführung aber war noch ein anderer Punkt: Gab es bei Ulbricht und im engeren Politbüro nicht doch Ängste, dass in der Partei eine Art Revolte stattfinden könnte? Ulbricht war einer der größten Stalinisten; auf die Geheimrede Chruschtschows reagierte er nur mit der flapsigen Bemerkung, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus mehr. Von einer anderen Reaktion war nichts zu spüren. Musste er nicht befürchten, dass in der Partei seine Gegner dann doch wieder das Haupt erheben und ihn stürzen könnten?

Günter Schabowski

Ich kann das so genau nicht beurteilen. Ich bin zu jenem Zeitpunkt nicht Mitglied der Parteiführung gewesen. Natürlich gab es in intellektuellen Kreisen bestimmte Erwartungen. Die Chruschtschow-Rede war formell der Auslöser dieser Entwicklung – das Eingeständnis der Verbrechen Stalins, die Entgottung des Tyrannen. Hier besteht ein Unterschied zum Aufstand von 1953. Damals hatte es diese Auseinandersetzung noch

nicht gegeben. Da spielten die stalinistischen Illusionen innerhalb der Partei intellektuell noch eine bestimmte Rolle. Alle hielten Kurs: der Aufstand galt als faschistischer Putsch. Selbst Prominente und oppositionelle Schriftsteller haben in ihren Memoiren geschildert, dass sie damals so reagierten. Nach der Auseinandersetzung mit Stalin hingegen begannen sich innerhalb der kommunistischen Bewegung bestimmte Differenzierungen abzuzeichnen. Wolfgang Harich zum Beispiel trat mit einem kritischen Konzept auf. Auch innerhalb der SED-Führung gab es gewisse partielle Differenzen, etwa mit Fred Ölsner oder Karl Schirdewan. Vor dem Hintergrund des rigorosen stalinistischen Kurses, den Ulbricht weiter verfolgte, verloren diese Leute ihre Funktionen. Gewisse Auswirkungen gab es, aber ausschlaggebend waren die totale Bindung an Moskau und das Bewusstsein, dass sich ohnedies an der Weltlage nichts ändern würde, wir also unveränderlicher Bestandteil des Sowjetblocks bleiben würden. Wir hatten uns mittlerweile als treuer Satellit erwiesen. „Moskau hält uns aus, vertraut uns. Und die Ungarn verraten unsere gute Sache“ – so lautete die Einstellung in toto innerhalb der Partei und auch bei jüngeren Genossen, wie ich damals einer war.

Hans Jürgen Fink

Man kann also sagen: Lektion von 1953 gelernt.

Das stand, Herr Fabián, den Ungarn nach dem 11. November noch bevor – diese Phase der Normalisierung, die eine ganz heftige war, ganz anders als das, was man später mit dem Kádár-Kurs verbindet. Davon war ja in den ersten Monaten und Jahren nach 1956 noch gar nicht die Rede. Wie haben Sie das wahrgenommen?

István Fábíán

Die „gulaschkommunistischen“ Zustände bildeten sich in der Tat erst zwei bis drei Jahre später aus. Nach dem 4. November jedoch herrschte Verbitterung, mancherorts gab es noch bewaffneten Widerstand. Es gab Widerstand in der Gesellschaft, Arbeiterräte wurden organisiert. Das Kádár-System trat sehr brutal dagegen auf; in den Provinzstädten ertönten die Salven, die mehrere Dutzend bis über 100, 120 Todesopfer forderten. 17.000 Menschen wurden in Gefängnisse geworfen, in denen unvorstellbare Zustände herrschten: Wanzen, Dreck und anderes. Menschen gegenüber, die unschuldig eingesperrt wurden – und auf politische Gefangene trifft dies zu –, kann kein einziger Tag wieder gutgemacht werden. Man kann das Gefühl, das Aushalten auch nur eines einzigen Tages im Gefängnis, nicht wiedergutmachen.

Ich halte mich nicht für einen Helden; die sechs Monate, zu denen man mich verurteilt hat, die ich abgesessen habe, waren wirklich wenig im Verhältnis zu dem, was anderen widerfahren ist. So saß der piaristische Lehrer und Priester Ödön Lénárd fast 20 Jahre; István Tabódy, ein anderer Priester, der mit mir zusammen Seminarist war – während des Prozesses mein so genannter „Komplize und Mittäter“ – musste mehr als 19 Jahre im Gefängnis verbringen. Gemessen an dem, was ihnen widerfuhr, war mein Leid ein Nichts. Dennoch kann ich sagen, dass es nicht wieder gutgemacht werden kann, wenn man seiner menschlichen Freiheit vollkommen beraubt wird, wenn man diese Erniedrigung erlebt, der man seelisch, nervlich und unter vielen weiteren Aspekten unterworfen ist, wenn beispielsweise der Wächter im ÁVO-Gefängnis an der Hauptstraße einen immer wieder mit edler Einfalt anspricht: „Na du Mörder, komm' her, mach' dies oder mach' das“.

Es war also ein langer Prozess, bis wir uns mit unserem Schicksal abfinden und – ich kann es nur so am besten charakterisieren – die Klappe hielten. Die Kommunisten sagten nicht nur das ihre, sondern wir, die keine Kommunisten waren und nicht in die Partei eingetreten sind, schwiegen auch noch dazu. Wir lebten gerade so, wie wir konnten.

Hans-Jürgen Fink

Herr Fábíán, ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Stichwort Radio Free Europe. Schwang in Ihrer Resignation, die Sie jetzt schildert haben, schwang in dieser erzwungenen Normalisierung nicht auch eine große Enttäuschung mit über den Westen, der nicht geholfen hat? War es wirklich so, dass viele den Aufrufen von Radio Free Europe gefolgt waren und auf Hilfe von außen hofften?

István Fábíán

Das war wirklich so. Das ganze Land hatte so sehr auf die Hilfe aus dem Westen gewartet. Es war eine riesige Enttäuschung, als wir erkannten, dass eine westliche Hilfe sich höchstens auf die Malteser und auf Hilfs-sendungen beschränken würde und wir keine politische, moralische und natürlich auch keine militärische Unterstützung erhalten würden. Das hat uns sehr verbittert.

Hans Jürgen Fink

Hatten Sie auf Waffenlieferungen gehofft?

István Fábíán

Ich für meinen Teil hatte darauf gehofft. Ich war 22 Jahre alt und war weder Soldat noch Politiker, ich war ein einfacher Theologe, ein Seminarist. Während ich die Westnachrichten hörte, hoffte ich insgeheim, dass in Budapest irgendeine westliche Fallschirmjägerinheit landen und vielleicht erklären würde, man wolle den Morden an den Kommunisten ein Ende bereiten. Es war ja bekannt, dass vor dem 4. November, als die Revolution ausgebrochen war und die Bevölkerung, die Studenten und die Arbeiterschaft erkannten, dass sie von ÁVO-Leuten beschossen wurden, mehrere dieser Leute gnadenlos umgebracht, gelyncht worden waren. Ich konnte mir vorstellen, dass man das alles im Westen aufbauen und man nach Budapest kommen würde, um weitere Morde an den Kommunisten zu verhindern. Im Nachhinein muss das naiv und kindlich erscheinen, aber damals hatte ich eben diesen Gedanken. Ich weiß zwar nicht, was die Politiker gedacht haben, aber auch Imre Nagy bat nach dem Eingreifen vom 4. November, als die Russen wiederkamen, den Westen um Hilfe.

Hans Jürgen Fink

Manche werden ja noch die verzweifelten Rufe aus dem Rundfunk im Ohr haben. Die Aufrufe von Schriftstellern und Künstlern endeten mit den Worten: „Helft, helft, helft“. Diese dramatischen Worte kann man nicht vergessen. Herr Küsters, da klafft wohl eine große Lücke zwischen den Emotionen an Ort und Stelle und dem rationalen Kalkül der Weltpolitik. Hat der Westen wenigstens ein schlechtes Gewissen gehabt? Hat das zu Konsequenzen geführt?

Hanns Jürgen Küsters

Das schlechte Gewissen hat insgeheim an allen westlichen Politikern genagt: Ein Volk wurde im Stich gelassen, wobei wir nicht nur die Situation in Polen oder in Ungarn sehen müssen, sondern auch 1968 beim Aufstand in Prag oder bei der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen. Diese Vorgänge provozierten immer wieder ein schlechtes Gewissen. Natürlich hat die politische Propaganda eine konterrevolutionäre Strategie anzuwenden versucht. Aber ehrlich gefragt: Wie haben wir denn die Situation im Herbst 1989 im Westen erlebt? Hat jemand von uns vor dem 9. November, vor der Äußerung von Herrn Schabowski vor der Presse, ehrlich geglaubt, wir müssten jetzt versuchen, die Freiheit in der DDR mit zu erkämpfen? Ich habe damals nicht daran gedacht.



Der 9. November 1989.

Mich hat später immer die Frage interessiert, wie die Regierung in Bonn im Herbst 1989 versuchte, diese Bewegung zu unterstützen. Ich glaube, man hat das sehr bewegt wahrgenommen und die Chance erkannt, hier aktiv zu werden und diesen Befreiungskampf, diese Systemänderung, die sich möglicherweise abzeichnete, zu unterstützen. Diese Entwicklung ist erst nach dem 9. November voll ins Bewusstsein gerückt. Zuvor war die Situation eher vergleichbar mit der des Jahres 1956. Nach dem 9. November spielte bei den westlichen Politikern vor allem die Überlegung eine Rolle, die internationale Lage unter Kontrolle zu halten und sehr viel schlimmeres Unheil, etwa den Ausbruch eines Krieges, zu vermeiden. Wie aber hätte sich 1956 ein Befreiungskampf in Ungarn vollziehen sollen? Sollten Truppen in Budapest einmarschieren und sich dort einen Straßenkampf liefern? Sollten im NATO-Verband deutsche Soldaten mitkämpfen?

Die Bundeswehr war damals noch im Aufbau begriffen, aber es wäre eine Verpflichtung der Deutschen gewesen, sich zumindest finanziell zu beteiligen. Es wäre eine ähnliche Diskussion um die Beteiligung entstanden wie im Jahre 1990, als es um den Beitrag der Deutschen zum Golfkrieg ging. Aber hätten damals andere westliche Soldaten wirklich eingegriffen und zehn, elf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen neuen Krieg auf dem europäischen Kontinent riskiert?

Hans Jürgen Fink

Nein, aber wenn man die verschiedenen Etappen vergleicht – 1953, 1956, 1968, 1970 Polen, 1980 wieder Polen, schließlich 1989 –, kann man sagen, Budapest war der letzte militärische Kampf auf den Barrikaden. Danach haben nicht nur Eliten, sondern auch die Völker ihre Lektionen gelernt. Das gibt schon große Unterschiede, Herr Orbán?

Viktor Orbán

Ich habe 1956 noch nicht gelebt, mich aber viel damit beschäftigt. Als wir Mitte der achtziger Jahre begannen, oppositionelle Strategien dafür zu entwickeln, wie man den Kommunismus abschütteln könnte, mussten die Erfahrungen von 1956 aufgearbeitet und verstanden werden. Was war damals gelungen, was nicht, und warum nicht? Ich habe viele Interviews gemacht mit alten '56ern. Die Menschen hatten damals das Gefühl, dass sich ihr Schicksal jetzt ein für allemal entscheiden würde. 1955 waren die Russen aus Österreich abgezogen. Ein Abzug der Russen aus Ungarn lag damit durchaus im Bereich des Möglichen. Österreich war ein unabhängiges Land geworden. In den ungarischen Forderungen – selbst in den wildesten Forderungen der Straßenkämpfer – war Neutralität der erste Punkt. Alle hatten begriffen, dass es nicht darum gehen würde, sich dem Westen anzuschließen. Aber wir hofften schon auf eine Entwicklung wie in Österreich, das zwar garantiert hatte, sich keinem Block anzuschließen, aber durch freie Wahlen sein Gesellschaftssystem frei bestimmen und seine westlichen kulturellen Traditionen wiederherstellen konnte.

Man hielt nicht deshalb auf der Straße bis zum letzten Tropfen Blut aus, weil es keine andere Wahl gab, sondern weil man das Gefühl hatte, die Situation sei offen. 1955 waren die Russen aus Österreich abgezogen, 1956 hatten die Sowjets ihren geheimen Parteitag, es gab Chruschtschow und Imre Nagy. Auch unter den Kommunisten traten Reformkräfte auf den Plan, die demokratische Zustände akzeptiert hätten. Wenn sich die Kämpfe hinzögen – so hoffte man –, bekäme der Westen eine Chance, auf irgendeine Weise einzugreifen und eine Regelung wie für Österreich zu erreichen. Mehr wollten wir nicht, aber das mit Nachdruck. In Gefangenschaft zu leben, ist ein schweres Los, es widerspricht dem Wesen des Menschen. In Ungarn lebte man zudem nicht einfach nur in einer Diktatur, sondern noch dazu in einer asiatischen. Der Kommunismus war für die ungarischen Menschen etwas Asiatisches. Ungarn hatte sich immer als europäisches Kulturvolk mit christlichen, bürgerlichen, kulturellen und philosophischen Traditionen verstanden. Demgegenüber waren die Bruta-

lität und die Primitivität des Bolschewismus russischen Typs ein Kulturschock, die Kultur eines anderen Kontinents. Deshalb meinten die Menschen, es sei der letzte Moment angebrochen, in dem sich noch entscheiden könnte, in was für einer Welt sie leben würden: Zögen die Russen nicht ab, dann für sehr lange Zeit nicht.

Sich in einer Welt einzurichten, die etwas ganz anderes darstellt als das, was man gelernt hat, was Teil des eigenen kulturellen Codesystems ist, ist etwas Furchtbares. Als ich Mitte der achtziger Jahre mein Diplom erhielt und mich entscheiden musste, was ich nun machen würde, sah ich mich dem Gedanken ausgesetzt, wie schlimm doch 1956 gewesen sein musste. 1985 hatten wir in Ungarn den „Gulaschkommunismus“; unser Dasein war nicht unerträglich, auch wenn Diktatur herrschte. So habe ich gespürt, dass ich nun etwas tun müsse. Nicht nur Kommunisten verneinen, die Welt verändern zu können; Christen denken das auch, ganz besonders junge Christen, wie eben im allgemeinen junge Leute wünschen, die Welt freier, besser, gerechter zu machen. In diesem Alter begeistert man sich für Ideale.

Fügt man sich also in eine Welt ein, in der man nicht sagen und niederschreiben kann, was man denkt, ja selbst in Privatgesprächen überlegen muss, ob man sagen darf, was man denkt, in der man seine großen Ideale stets in Klammern setzt? Arrangiert man sich – für eine Wohnung und eine sichere Anstellung – in einer Welt, die allen menschlichen Instinkten zuwiderläuft? Das wäre die Wahl A. Oder man wählt Weg B: Mit dem frischen Diplom in der Tasche geht man nach Westeuropa und verlässt seine Heimat. 1985 dachten alle, dass die Russen noch sehr lange, wahrscheinlich für immer, im Lande bleiben würden. So war auch 1985 die Wahl zwischen Freiheit und Heimat eine riesengroße Entscheidung, die die Seele erschütterte. Wie muss es dann erst 1956 oder 1955 gewesen sein! Wir sprechen hier von einer elementaren zivilen Auflehnung, hinter der wegen der politischen Umstände sogar noch eine gewisse Logik stand: dass alles nämlich nicht hoffnungslos sei. Diese Gemeinsamkeit, diese Tiefe hatte die Herzen erfasst; deshalb ließen so viele ihr Leben.

1956 war eine sehr wichtige Lehre für uns. Wir Ungarn wollten kein Blut vergießen, aber wenn es sein musste, waren wir bereit, uns dem zu stellen. 1956 hat uns jedoch nicht in diesem Sinne etwas gelehrt. Seit Mitte der achtziger Jahre hatte ich mich damit befasst, sinnvolle Strate-

gien zu erarbeiten, wie man sich gleichzeitig von den Russen und den Kommunisten befreien kann. Es gab drei Lektionen, aus denen wir die Strategie zusammenstellten, die zum Jahr 1989 führte.

Am Anfang stand 1956. Aus der Niederschlagung zogen wir die Lehre, dass keine Strategie erfolgreich sein würde, die mit bewaffnetem Widerstand Unabhängigkeit und Demokratie zu erkämpfen suchte. Aus dem Studium der tschechischen Ereignisse des Jahres 1968 schlossen wir, dass es auch nicht funktioniert, Teil der kommunistischen Partei zu werden, um von innen Veränderungen zu erreichen. 1968 hat gezeigt, dass Unabhängigkeit und Freiheit nicht durch Selbstreformierung der kommunistischen Partei erreichbar sind. Die dritte – entscheidende – Lektion lehrten uns die Polen.

Die polnische Strategie von 1980 hatte schon auf den Erfahrungen der Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 aufgebaut. Die Polen haben nicht mit Waffen gekämpft, aber auch nicht die kommunistische Partei unterwandert, sie gingen einen dritten Weg. Dies war Adam Michniks geniale Idee in der zweiten Hälfte der 70er Jahre: Sie organisierten kleine Kreise in der Bevölkerung, gründeten alle möglichen zivilen Organisationen, begründeten eine zivile Gesellschaft, die dann, als der Moment dafür gekommen war, in der Lage sein sollte, eine politische Veränderung herbeizuführen. Das haben die Polen seit 1975 praktiziert, ohne in die Partei einzutreten, ohne bewaffnet zu kämpfen. Der Erfolg dieses Konzepts zeigte sich 1980 in der Gewerkschaft „Solidarität“, weil sie nicht mehr vernichtet werden konnte. Nach 1956 war in Ungarn nichts geblieben. Innerhalb eines halben Jahres hatte der Terror alles niedergetreten, was von der Revolution noch übrig geblieben war. 1968 hatte man in der Tschechoslowakei den innerparteilichen Widerstand ausgerottet. Am 13. Dezember 1981 hingegen wurde in Polen zwar das Kriegsrecht ausgerufen, aber „Solidarität“ blieb im Untergrund bestehen und hielt bis zuletzt, bis 1989, durch.

Für uns junge Ungarn waren also 1956, 1968 und 1980 drei Beispiele, aus denen wir den neuen Gulasch kochen konnten, keinen kommunistischen mehr, sondern einen für die Zeit danach: eine Strategie nämlich, mit der man einen freien Übergang wagen konnte, der dann tatsächlich gelang. Russland war geschwächt – dies war eine Voraussetzung. Die ungarische kommunistische Partei war verunsichert, die Gesellschaft existierte nicht atomisiert, sondern organisiert – zumindest in Budapest,

in Polen sogar nicht nur in Warschau, sondern im ganzen Land. So konnten wir ohne Blut einen vollständigen Übergang erreichen, nicht nur faule Kompromisse: Die Russen gingen nach Hause, und es entstand eine Demokratie ohne Bedingungen. In diesem Sinne war 1956 eine sehr wichtige Lehre. Wissenschaftler pflegen zu sagen, auch erfolglose Experimente haben ihren Sinn, da sie uns vermitteln, dass sie nicht zum gewünschten Ziel führen.

Zum Schluss noch eine letzte Anmerkung: Im Gespräch wurden die Horthy-Frage, der Nationalismus und die Zeit zwischen den Weltkriegen angesprochen. Ich habe im Rahmen meiner Ausführungen über die Dilemmata und Herausforderungen der Zukunft aus folgendem Grund nicht von der Gefahr des Nationalismus gesprochen – unabhängig davon, ob ich die Lage richtig beurteile: Im Gegensatz zu Deutschland war der Nationalsozialismus – also Antisemitismus und extremer Nationalismus – in Ungarn nur für ein einziges Jahr zu einer politischen Kraft, zu einem Machtfaktor geworden: Vom Frühjahr 1944 bis zum Frühjahr 1945. Das war die eine Art der Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Die andere Diktatur dauerte von 1945 bis 1990. Das sind 45 Jahre. Für die Ungarn ist es daher logisch, dass die Hinterlassenschaften der kommunistischen Diktatur gefährlicher sind. Nationalismus und andere Gefahren haben sich nie dauerhaft in Ungarn einrichten können, aus ihnen ist kein System geworden. Der Kommunismus wiederum war als ein organisiertes gesellschaftliches System entstanden und wirkte 45 Jahre lang. Wenn also wir von unseren Gefahren reden, dann verstehen wir die westlichen Journalisten häufig nicht, die immer Fragen zu Nationalismus, Antisemitismus und Gefahren von rechts stellen. Wir sprechen in solchen Zusammenhängen immer vom Erbe des Kommunismus, weil das unserer Meinung nach die wichtigste Gefahr ist. Das ist es, was sich hinter dieser Verschiebung der Akzente verbirgt.

AUTOREN

Dr. István Fabián

Jurist, hat als junger Theologie-Student am Ungarn-Aufstand teilgenommen.

Hans Jürgen Fink

Journalist, ist Chef vom Dienst von DeutschlandRadio Kultur.

Brigitta Kögler

Rechtsanwältin, ist stellvertretende Vorsitzende des Vereins von Mitgliedern der ehemaligen Volkskammerfraktion CDU/DA e.V.

Professor Dr. Hanns Jürgen Küsters

ist Herausgeber der „Edition Dokumente zur Deutschlandpolitik“ des Bundesarchivs.

Dr. Viktor Orbán

Ministerpräsident der Republik Ungarn von 1998 bis 2002, ist Vorsitzender der Fidesz-Partei und stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei.

Günter Schabowski

war Mitglied des ZK der SED und verkündete als Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin am 9. November 1989 die Öffnung der Mauer.

Wilhelm Staudacher

ist seit 1999 Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung.